

34. Sitzung
am Dienstag, dem 19. März 2002

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1525
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1525
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	1525

Fragestunde

1. Feuerwehr-Hydranten - Sicherheit im Ernstfall gegeben?

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 15. Februar 2002	1526
--	------

2. Stellflächen für Wohnmobil-Touristen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Frau Schreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 18. Februar 2002	1526
--	------

3. Aufstellung von Parkscheinautomaten

Anfrage der Abgeordneten Gagelmann, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 19. Februar 2002	1527
---	------

4. Rechte der Beiräte

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Februar 2002	1528
--	------

6. Verklappung von TBT-belastetem Hafenschlick

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Februar 2002	1529
--	------

**7. Bewirtschaftung der Stellplätze auf Schulgrundstücken der Stadtgemein-
de im Ortsteil Utbremen**

Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 27. Februar 2002	1530
--	------

9. Wohnungsangebot für Mitarbeiter der Deutschen Flugsicherung

Anfrage der Abgeordneten Jäger, Focke, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 6. März 2002	1531
--	------

10. Baubeginn für die Zentrale der Stadtbibliothek

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2002 1532

11. Horthaus Düsseldorfer Straße

Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Görtz, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 11. März 2002 1534

12. Kindertagesstätte an der Mülheimer Straße

Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Görtz, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 11. März 2002 1535

Aktuelle Stunde

Technologiepark: Kurzfristige Erweiterung gesichert - Langfristige Perspektive fehlt!

Abg. Focke (CDU) 1536
 Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) 1537
 Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 1538
 Senatorin Wischer 1540
 Senator Hattig 1541
 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1544
 Abg. Focke (CDU) 1545

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 41 vom 26. Februar 2002

(Drucksache 15/539 S) 1546

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42 vom 12. März 2002

(Drucksache 15/549 S) 1546

Verkehrerschließung der Hafendreiecke stadtteilverträglich gestalten

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2002
 (Drucksache 15/540 S)

Abg. Engelmann (SPD) 1546
 Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) 1548
 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1550
 Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) 1551
 Senatorin Wischer 1552

**Vorhaben- und Erschließungsplan 16 mit Deckblatt
(vorhabenbezogener Bebauungsplan)
für die Errichtung von drei Wohngebäuden mit insgesamt 22 Wohnungen an
der Friedrich-Stampfer-Straße/Heinrich-Schulz-Straße in Bremen, Neue Vahr**

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2002

(Drucksache 15/541 S) 1554

**Mittel aus betriebswirtschaftlichem Umbaufonds für den Kulturbereich in den
Haushalt des Senators für Inneres, Kultur und Sport verlagern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 5. März 2002

(Drucksache 15/543 S)

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 1554

Abg. Frau Emigholz (SPD) 1557

Abg. Eckhoff (CDU) 1559

Senator Dr. Böse 1562

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 1564

Abg. Eckhoff (CDU) 1566

Abg. Frau Emigholz (SPD) 1568

Abstimmung 1568

**145. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für
das Grundstück Neuenlander Straße 107 A (VL Flur 37, Flurstück 68/7)**

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002

(Drucksache 15/544 S) 1568

Flächennutzungsplan Bremen

in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

13. Änderung - Neustadt (Güldenhausquartier) -

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002

(Drucksache 15/545 S) 1569

Bebauungsplan 2205 mit Deckblatt

für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Große Sortillienstraße, Hohen-
torstraße und Neustadtwall

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002

(Drucksache 15/546 S) 1569

21. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen

in der Fassung der Neubekanntmachung Mai 2001

(ehemals 65. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)

- Blumenthal (Wölpsche) -

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002

(Drucksache 15/547 S) 1569

Ortsgesetz über die Errichtung eines „Sondervermögens Hafen“ sowie zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2002

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2002
(Drucksache 15/531 S)

Ortsgesetz über die Errichtung eines „Sondervermögens Hafen“ sowie zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2002

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 15. März 2002
(Drucksache 15/550 S)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	1570
Abstimmung	1570

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bürger, Jägers, Kastendiek, Leo, Strohmann.

Präsident Weber
Vizepräsident Dr. Kuhn
Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Hannken

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrätin **Motschmann** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 34. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich die Mitglieder von den „Kleingärtnern von Schwachhausen“. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße heute hier im Plenarsaal auch sehr herzlich Naphtali Porath. Er kommt aus unserer Städtepartnerschaftsstadt Haifa in Israel. - Herzlich willkommen, Naphtali Porath!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Ortsgesetz über die Errichtung eines „Sondervermögens Hafen“ sowie zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2002, Bericht und Dringlichkeitsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 15. März 2002, Drucksache 15/550 S.

Gemäß Paragraph 21 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Nun höre ich gerade, dass wir genau diesen Tagesordnungspunkt aussetzen wollen, obwohl wir soeben über die dringliche Behandlung abgestimmt haben. Mir ist das in der Regie so mitgeteilt worden. Wir haben die Dringlichkeit beschlossen, aber wir setzen diesen Tagesordnungspunkt aus.

Meine Damen und Herren, ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Austausch von Trinkwasser führenden Bleileitungen in Kindertagesheimen, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Januar 2002
Dazu
Antwort des Senats vom 5. März 2002
(Drucksache 15/548 S)
2. Grundlagen für eine rationale und an ökologischen Kriterien orientierte Abfallwirtschaft: Die Energieeffizienz des Müllheizwerks Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Januar 2002

II. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Offener Brief der „Bürgerinitiative Linie 4 nur mit Hollerlandtrasse“ zum dritten Bauabschnitt der Straßenbahnlinie 4.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, die Petitionsberichte Nummer 41 und Nummer 42 zu verbinden.

Meine Damen und Herren, wer mit der interfraktionellen Absprache einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit der interfraktionellen Absprache einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfragen Nummer fünf und Nummer acht wurden zwischenzeitlich von den Fragestellern zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Feuerwehr-Hydranten - Sicherheit im Ernstfall gegeben?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Ist der Senat der Auffassung, dass die Anzahl der Hydranten, insbesondere im Bereich Ahlker Dorfstraße und Im Brüggefelde in Bremen-Arsten, ausreichend ist, um im Ernstfall für die Feuerwehr eine ausreichende Wasserversorgung sicherzustellen, und wie begründet der Senat seine Auffassung?

Wer entscheidet und überwacht die Installation von Hydranten, und wer überprüft deren Funktionsfähigkeit?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Herderhorst, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Bei Planfeststellungsverfahren und während der Bauplanung wird die Feuerwehr Bremen zu Fragen des Brandschutzes beteiligt. In diesem Rahmen wird auch die Sicherstellung der Löschwasserversorgung aus dem öffentlichen Trinkwassernetz geprüft. Grundlage für die Bemessung von Leitungsquerschnitten und Abständen der Über- und Unterflurhydranten ist nach einem Vertrag zwischen der Feuerwehr und der damaligen Stadtwerke AG, heute swb Enordia, vom 10. März 1988 das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V., das hinsichtlich der Anforderungen nach Wohngebieten und Geschäftsgebieten sowie offener und geschlossener Bauweise differenziert. Mit der Umsetzung dieses Regelwerks ist nach Auffassung des Senats die Sicherstellung einer ausreichenden Löschwasserversorgung gewährleistet.

In der Ahlker Dorfstraße befindet sich eine Stadtwasserleitung mit 100 Millimeter Durchmesser. In Höhe Wadeackersdamm verjüngt sich die Leitung auf 80 Millimeter Durchmesser. Auf diese Wasserleitung sind in Abständen von rund 120 Meter Unterflurhydranten gesetzt. Die Anlagen entsprechen dem Regelwerk. Die Löschwasserversorgung ist somit als ausreichend zu beurteilen.

Gleiches gilt für die Straße Im Brüggefelde. In dieser Sackgasse mit rund 500 Metern Länge sind

auf eine Stadtwasserleitung mit 100 Millimeter Durchmesser in gleichmäßigen Abständen vier Unterflurhydranten gesetzt. Die Überwachung der Installation und der Funktionsfähigkeit der Hydranten erfolgt nach der Vertragsregelung von 1988 durch die swb Enordia. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte, Herr Herderhorst!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Herr Senator, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Anlass meiner Frage Informationen und Aussagen der Praktiker vor Ort, nämlich der Freiwilligen Feuerwehr Arsten, waren, die darauf hingewiesen haben, dass es hier Mängel gäbe und die Feuersicherheit insoweit nicht hergestellt werden könne? Die Antwort ist nun offiziell, sie beruhigt mich erst einmal, und ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin vor Feuer geschützt sind beziehungsweise dass die Arbeit der Feuerwehr auch weiterhin entsprechend in Anspruch genommen werden kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Stellflächen für Wohnmobil-Touristen in Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Schreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Schreyer!

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwieweit sieht der Senat die Notwendigkeit, der ständig steigenden Zahl von Wohnmobil-Touristen in Bremen einen innerstädtischen Standort zuzuweisen, um die ordnungsgemäße Entsorgung von Brauchwasser und Toiletteninhalt zu garantieren, ohne dabei die Bürger zu belästigen?

Beabsichtigt der Senat, einen auszuweisenden Stellplatz zu bewerben, um den Tourismusstandort Bremen weiter zu stärken und dadurch die Wirtschaft der ganzen Region, vom Hotel- und Gaststättengewerbe bis zum Einzelhandel, zu fördern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat hält es für sinnvoll, für Wohnmobil-Touristen in Bremen einen geeigneten innenstadtnahen Standort mit einer entsprechenden Infrastruktur zu entwickeln. Mit einem solchen Angebot für Wohnmobil-Touristen kann ein zusätzliches Potential an Besuchern erschlossen werden. Derzeit werden in Zusammenarbeit zwischen dem Senator für Wirtschaft und Häfen, der Bremer Touristik Zentrale und dem Amt für Stadtplanung und Bauordnung verschiedene Standorte geprüft. Ein innenstadtnaher Platz hätte den Vorteil, dass neben den wirtschaftlichen Effekten eines Wohnmobilstandortes die touristischen Angebote der Stadt leichter erreichbar wären.

Der Senat wird unter Berücksichtigung der unterschiedlichen, insbesondere auch der nachbarschaftlichen Belange in Kürze einen geeigneten Standort vorschlagen und zur Erörterung stellen. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der Finanzierung, des Betriebs und der Unterhaltung untersucht werden müssen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte, Frau Schreyer!

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Frau Senatorin, Sie sagten: in Kürze! Können Sie das konkret sagen, und wird es noch möglich sein, für die Saison 2002 einen Stellplatz zur Verfügung zu stellen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das kann ich Ihnen wirklich nicht beantworten.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Aufstellung von Parkscheinautomaten**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Gagelmann, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Gagelmann!

Abg. **Gagelmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wer veranlasste die Aufstellung von Parkscheinautomaten an der Kurt-Schumacher-Allee auf der stadteinwärts führenden provisorisch errichteten Parkfläche, die aufgrund der bis 2003 laufenden Umbauarbeiten an der Berliner Freiheit vom Bauträger beantragt und finanziert wurde?

Zweitens: Wie hoch waren die Kosten für die Parkscheinautomaten sowie für die erforderlichen Montagearbeiten der Aufstellung?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Durch die Neugestaltung der Berliner Freiheit und die Bautätigkeiten in den angrenzenden Straßen konnten den Kunden in diesen Bereichen keine Parkplätze angeboten werden. Die sich über das gesamte Grundstück erstreckenden Bauarbeiten beanspruchten nahezu alle bisher dort vorhandenen Parkplätze.

Da sich der als Ersatz provisorisch eingerichtete Parkstreifen im öffentlichen Raum befindet und dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt wird, obliegt der Straßenverkehrsbehörde die Pflicht, die Verkehrsanordnungen zu treffen. Dies gilt sowohl für die Nutzungsänderung als auch für die getroffene Regelung der Bewirtschaftung.

Weil dem Handel nur mit Parkräumen gedient ist, die den Kunden tatsächlich zur Verfügung stehen und nicht durch Dauerparker blockiert werden, ist eine Bewirtschaftung durch einen Parkscheinautomaten unumgänglich. Mit dem Investor wurde dieser Sachverhalt im Rahmen des Planungsprozesses erörtert.

Zu Frage zwei: Die Kosten für die Beschaffung der drei Automaten sowie der Beschilderung und der Montage belaufen sich insgesamt auf 11.182,20 Euro. Sowohl der Parkscheinautomat als auch die Beschilderung werden nach der Demontage wiederverwendet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte, Herr Gagelmann!

Abg. **Gagelmann** (CDU): Gibt es Gründe, Frau Senatorin, warum in ein und derselben Straße mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn zum einen auf der stadtauswärts führenden Strecke von der Straße In der Vahr bis zur Leuschnerstraße sowohl während der Bauarbeiten als auch nach Fertigstellung des Komplexes am Vital-Bad das Parken geduldet wird, obwohl Verbotsschilder vorhanden sind, jetzt aber bei dieser provisorischen Parkfläche, die ja nur für ein Jahr benötigt wird, soviel Aufwand gemacht wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Herr Abgeordneter, ich habe nicht das Gefühl, dass in diesem Zusammenhang, so wie ich Ihnen die Anfrage beantwortet habe, zu viel Aufwand gemacht wird! Sie kennen die Situation vor Ort. Sie wissen, dass die Berliner Freiheit unglaublich nachgefragt ist. Sie wissen, dass die gegenüberliegende Schule auch immer darauf aus ist, Dauerparkplätze zu haben. Insofern fand ich die Maßnahme aus aktuellem Anlass und bei diesem Einkaufszentrum völlig angemessen und nicht übermäßig. Der Frage, inwieweit sich eine Parkraumbewirtschaftung in den von Ihnen im Übrigen angesprochenen Bereichen als notwendig erweisen sollte oder könnte, will ich gern nachgehen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Gagelmann** (CDU): Besteht die Möglichkeit, Frau Senatorin, sporadisch, spätestens aber nach Aufhebung der Baumaßnahmen im Frühjahr nächsten Jahres einmal zu erfahren, wie hoch die Einnahmen aus diesen Parkscheinautomaten sind, damit wir dann genau informiert sind, wie hoch die Gewinne sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich sehe kein Hindernis, warum Sie darüber nicht informiert werden sollten.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Rechte der Beiräte**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum hat der Senat keinen Vertreter der zuständigen senatorischen Behörde in die öffentliche Beiratssitzung zum Thema Radwegenetz in Schwachhausen entsandt, obwohl das Ortsamt Schwachhausen/Vahr mehrfach darum gebeten hat?

Zweitens: Teilt der Senat die einstimmige Auffassung des Beirats Schwachhausen, der in dem Nichterscheinen eines Vertreters der zuständigen senatorischen Dienststelle einen Verstoß gegen das Beirätegesetz sieht?

Drittens: Wird der Senat zukünftig dafür Sorge tragen, dass zum Thema Velorouten in Bremen Vertreter der zuständigen senatorischen Dienststelle an öffentlichen Beiratssitzungen und Ausschusssitzungen teilnehmen werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Ortsamt Schwachhausen/Vahr war bekannt, dass das Thema „Zielplanung Fahrrad“, das auch eine Netzplanung beinhaltet, sich im Rahmen eines Planungsauftrages beim Senator für Bau und Umwelt noch in der Beratungsphase befindet und erste Ergebnisse am 26. Februar 2002 im Gesamtbeirat vorgestellt werden sollten. Informations- und damit Beteiligungsebene für ein gesamtstädtisches Konzept ist entsprechend dem Beirätegesetz auf Seiten der Beiräte zunächst der Gesamtbeirat.

In diesem Gremium sollte das weitere Verfahren der Beteiligung der von der Planung betroffenen Stadt- und Ortsteile festgelegt werden. Eine vorherige Beratung der gesamtstädtischen Fahrradnetzplanung in einem Beirat hätte dem Ergebnis im Gesamtbeirat vorgegriffen.

Es ist dem Ortsamt ebenfalls mitgeteilt worden, dass Maßnahmen aus der Umsetzung der „Zielplanung Fahrrad“, die den Beiratsbereich betreffen, im Zuge des weiteren Verfahrens dort vorgestellt und beraten werden können. In Absprache mit dem Senator für Bau und Umwelt war ein Vertreter des Amtes für Straßen und Verkehr in die Beiratssitzung entsandt worden, der zum ebenfalls anstehenden Thema Radwegesanieierung Auskunft geben konnte.

Dieses Vorgehen entspricht dem Verfahren über die Zusammenarbeit der Ressorts Bau und Umwelt sowie Inneres, Kultur und Sport bei der Behandlung von übergreifenden Konzepten auf Ebene der Stadt- und Ortsteilbeiräte.

Zu Frage zwei: Der Senat teilt nicht die Auffassung des Beirats Schwachhausen. Für die in Rede stehende Sitzung war dem Ortsamtsleiter rechtzeitig mitgeteilt worden, dass der Senator für Bau und Umwelt aus den in der Antwort zu Frage eins dargestellten Gründen eine Teilnahme zu dem Tagesordnungspunkt Radwegenetz zu diesem Zeitpunkt nicht für geboten hielt.

Zu Frage drei: Der Senat wird selbstverständlich die Teilnahme von Vertretern der zuständigen senatorischen Dienststellen an Sitzungen der Beiräte

te und deren Ausschüssen entsprechend der im Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter, Beirätegesetz, festgelegten Beteiligungsverpflichtung im Rahmen der personellen Möglichkeiten sicherstellen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin Wischer, ist Ihnen bekannt, dass der Gesamtbeirat die Position, die ja hier durch die Fragen formuliert ist, trägt, nämlich dass durchaus hier die Verpflichtung bestanden hätte, einen Vertreter in die Beiratssitzung zu entsenden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das ist mir in dieser Form nicht bekannt! Mir ist bekannt, dass der Gesamtbeirat der Vorgehensweise, die wir hier vorgestellt haben, zugestimmt hat.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage, die sich auf Hausmeisterwohnungen bezieht, wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Verklappung von TBT-belastetem Hafenschlick**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt der Senat, den mit bis zu 600 Mikrogramm TBT pro Kilogramm Trockensubstanz belasteten Hafenschlick aus dem Sporthafen Grohn in die Weser zu verklappen?

Zweitens: Inwieweit hat der Senat dieses Ansinnen mit den direkt angrenzenden niedersächsischen Kommunen abgestimmt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Senator für Inneres, Kultur und Sport arbeitet daran, eine Finanzierung der Maßnahmen zu erreichen, um die Arbeiten noch im Frühjahr oder Herbst 2002 durchführen zu können. Das Institut für Ökologie und Evolutionsbiologie, Abteilung Aquatische Ökologie, der Universität Bremen hat eine Auswirkungsprognose erstellt, derzufolge mit hoher Wahrscheinlichkeit keine zusätzlichen, auf die Verklappung zurückzuführenden erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen im Ablagerungsbereich eintreten oder nachzuweisen sind. Weiterhin wird während der Durchführung der Maßnahme ein Beweissicherungsverfahren durch das Institut für Wasserbau der Hochschule Bremen und das Institut für Ökologie und Evolutionsbiologie der Universität Bremen durchgeführt.

Zu zwei: Auf niedersächsischer Seite wurde die unmittelbar betroffene Gemeinde Berne beteiligt. In einem Gespräch mit den Vertretern der Gemeinde wurden diese über das gesamte Vorhaben informiert. Außerdem wurden ihnen die Probenstellen des Beweissicherungsprogramms mit der Bitte übersandt, diese für ihre Belange zu prüfen.

Die Gewässeraufsicht der Bezirksregierung Weser-Ems wurde beteiligt, die Gespräche mit den örtlich zuständigen Behörden der Landkreise Wesermarsch und Osterholz laufen noch. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, dass sich die von Ihnen angesprochene Auswirkungsprognose lediglich auf das Schutzgut Ökosystem bezieht und nicht auf das Schutzgut Mensch?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Frau Abgeordnete, mir liegt ein Gutachten von den zuständigen Stellen vor. Ich glaube, dieses Gutachten beinhaltet beide Fragestellungen!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben ja auch noch einmal in der Antwort

dargelegt, dass diese Auswirkungsprognose sozusagen die Stelle betrifft, an der der Schlick verklappt wird, und zwar natürlich bezogen auf Auswirkungen auf die Flora und Fauna an dieser Stelle. Meine Frage geht jetzt in die Richtung: Wie bewertet denn der Senat die Möglichkeit der Verdriftung dieses dort dann vermutlich verklappten Schlicks in Bereiche, an denen beispielsweise in der Weser heute wieder - Gott sei Dank - gebadet wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Frau Abgeordnete, es tut mir Leid, dass ich Ihnen hierzu keine Meinung des Senats mitteilen kann, sondern nur die Meinung der Gutachten, die wir uns zu Eigen gemacht haben. Diese Gutachten haben meines Wissens all diese Fragestellungen mit berücksichtigt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Bewirtschaftung der Stellplätze auf Schulgrundstücken der Stadtgemeinde im Ortsteil Utbremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie groß ist die Anzahl der Stellplätze auf den Schulgrundstücken der Stadtgemeinde Bremen im Ortsteil Utbremen, Schulzentrum Utbremen an der Meta-Sattler-Straße und Schule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr an der Ellmersstraße, und wie viele sind tatsächlich vermietet?

In welcher Höhe wurden Einnahmen in den Jahren 2000 und 2001 erwartet, und in welcher Höhe wurden tatsächlich Einnahmen erzielt?

Wie teilen sich die erzielten Einnahmen auf, und welche Kosten stehen den erzielten Einnahmen gegenüber?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Am Schulzentrum Utbremen gibt es 61 Stellplätze, davon sind zurzeit 14 vermietet. Die erzielten Einnahmen betragen 2731,83 Euro im Jahr 2000 und 2291,61 Euro im Jahr 2001. An der Schule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr gibt es 93 Stellplätze, davon sind zurzeit 70 vermietet. Die erzielten Einnahmen betragen 9834,18 Euro im Jahr 2000 und 8252,25 Euro im Jahr 2001.

Diesen Einnahmen stehen Herrichtungskosten am Schulzentrum Utbremen in Höhe von 43,97 Euro und an der Schule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr in Höhe von 102,25 Euro gegenüber.

Die Einnahmeerwartung, unter Berücksichtigung der Tarifzone und einer Vermietungsauslastung von 50 Prozent über das gesamte Jahr, lag für beide Schulen zusammen bei zirka 15.000 Euro. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Sie sagten, die Herrichtungskosten betragen 43 Euro und 102 Euro. Sind darin auch Personalkosten für die Gebührenabrechnung enthalten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Nein, die sind nicht einbezogen. Es handelt sich dort offensichtlich um das Schloss und die Kette, die man vor den Parkplatz gezogen hat.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wenn ich meine Frage noch einmal verlesen darf: Wie teilen sich die erzielten Einnahmen auf, und welche Kosten stehen den erzielten Einnahmen gegenüber? Das war dann nicht ganz korrekt beantwortet, weil Sie jetzt nur die Finanzierung der Kette genannt haben.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Es sind aber de facto doch keine zusätzlichen Kosten entstanden, sondern die Aufgaben sind von dem Personal, das vorhanden ist, erledigt worden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Können Sie dem Parlament sagen, wie sich diese ohnehin

rückläufigen Kosten auf Schule und Ressort aufteilen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die rückläufigen Kosten? Sie meinen die Einnahmen!

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Entschuldigung, die Einnahmen sind ja rückläufig!)

Wie sich das auswirkt?

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Wie viel bekommt davon die Schule, und wie viel bekommt das Ressort?)

Die Einnahmeteilung ist eine Drittelung: Ein Drittel verbleibt bei der Schule, und zwei Drittel kommen zu uns in den Haushalt. Es gibt aber Überlegungen, ob das in einem richtigen Verhältnis steht. Angesichts der vielen Probleme, des Abrechnungsaufwandes, der Beschwerden der Anwohner, nicht zuletzt über die Tatsache, dass ein Parkplatz an der Schule, wie zum Beispiel in Utbremen, weitgehend leer ist, während die Straßen in der Nachbarschaft von den Schülerinnen und Schülern und den Lehrerinnen und Lehrern vollgeparkt sind - das ist nicht sehr erfreulich -, muss man das sicherlich überdenken.

Die Gesamteinnahmen, das habe ich noch einmal überprüft, belaufen sich zurzeit auf 80.000 Euro für alle vermieteten Parkplätze.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Sie haben es teilweise schon beantwortet. Ich möchte Sie aber trotzdem noch einmal fragen: Könnten Sie sich aufgrund dieses enormen Parkdrucks, der gerade in Utbremen herrscht, vorstellen, eine Veränderung der herrschenden Vergabe zu machen? Ich könnte mir eventuell vorstellen, dass Parkscheinautomaten durchaus eine Lösung wären, wenn gerade Schüler nicht monatlich bezahlen oder einen Jahresvertrag machen müssen - mit einem Parkscheinautomaten kann man ja auch kontrollieren -, um damit den Parkdruck zu verringern.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich glaube, ich habe eben schon dem Parlament berichtet, dass wir überprüfen, ob es da bessere Lösungen für alle Beteiligten gibt. Insofern werden wir auch Ihre Anregung sicherlich aufnehmen. Inwieweit das dann umsetzbar ist, kann ich Ihnen jetzt nicht berichten.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage, die unter dem Betreff „Aufgaben der senatorischen Bauabteilungen“ steht, wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Wohnungsangebot für Mitarbeiter der Deutschen Flugsicherung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Jäger, Focke, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Jäger!

Abg. **Jäger** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Mitarbeiter der Deutschen Flugsicherung werden ihren Arbeitsplatz im Zuge der Zusammenführung der Kontrollstellen Berlin und Bremen am Standort Bremen im Jahre 2005 nach Bremen verlegen, und wie viele Personen werden dann insgesamt mit Familienangehörigen erwartet?

Zweitens: Welche Maßnahmen wird der Senat unter anderem gemeinsam mit privaten Partnern ergreifen, um den künftigen Mitarbeitern sowie deren Familien ein ausreichend attraktives, zielgruppengerechtes und geeignetes Wohnungs- sowie Häuserangebot unterbreiten zu können?

Drittens: Welche Informations- und Marketingmaßnahmen erfolgen hierzu, und wer ist damit beauftragt, diese zu koordinieren?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Wohnungswechsel von Berlin beziehungsweise von Hannover und Hamburg nach Bremen wird für zirka 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Flugsicherung, DFS, in Frage kommen. Daraus resultierend können einschließlich der Familienangehörigen zirka 1000 Personen als potentielle Neubürgerinnen und Neubürger für Bremen erwartet werden.

Zu Frage zwei: Der Senat geht davon aus, dass von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DFS am künftigen Arbeits- und Wohnstandort Bremen der Wunsch nach einem attraktiven Wohnungsangebot insbesondere in den Bereichen Eigenheime, Eigentumswohnungen und Mietwohnungen in bevorzugten Stadtteilen besteht.

Durch die Ausweisung und Entwicklung von neuen Wohngebieten an Wohnstandorten wie Osterholzer Feldmark, Oberneuland, Brokhuchting, Borgfeld, Stadtwerder, Horn-Lehe, Findorff-Weidedamm und kleineren Baugebieten im Stadtgebiet kann die Nachfrage mit einem vielfältigen Wohnungs- und Häuserangebot in nahezu jedem Stadtteil ausreichend und zielgruppengerecht abgedeckt werden. Bremen orientiert sich hierzu an den Bedarfen und Anforderungen verschiedener Haushaltstypen, Wohn- und Lebensformen, zum Beispiel Wohnen am Wasser und so weiter. Zudem sind in vielen Stadtteilen attraktive Nachverdichtungspotentiale durch die Bebauung von Baulücken möglich.

Der Senator für Bau und Umwelt hat bereits in der Vergangenheit im Rahmen direkter Kontakte mit der DFS Hilfestellung und Unterstützung bei der Wohnungssuche geleistet, da in den Jahren 1998 und 1999 Umzüge von anderen Standorten nach Bremen mit zirka 100 Mitarbeitern erfolgten. Bis zur geplanten Arbeitsaufnahme der Neubürgeragentur im Herbst 2002 wird der Senator für Bau und Umwelt weiter der DFS anbieten, in Kontakt zu bremischen Bauträgern, Wohnungsbaugesellschaften und Maklern bei der Suche nach attraktiven Eigentumswohnformen und Mietwohnungen behilflich zu sein und insbesondere über neue Baugebiete mit ihren unterschiedlichen Formen der Eigentumbildung und Förderungsmöglichkeiten informieren. Dabei wird ebenfalls auf die Ausweisung von bauträgerfreien Grundstücken hingewiesen, um auch die Realisierung individueller Wohnformen im Eigenheimbau zu fördern.

Zu Frage drei: Mit der geplanten Arbeitsaufnahme der Neubürgeragentur wird ab Herbst 2002 der Neubürgerservice unter anderem auch für den Wohnungsstandort Bremen werbend, zu Wohnungsfragen beratend und vermittelnd zur Verfügung stehen. Da eine Zusammenarbeit mit der Immobilien- und Wohnungswirtschaft von der Neubürgeragentur vorgesehen ist, können die zu Wohnungsfragen notwendigen Informationen und Marketingmaßnahmen dort koordiniert und als gebündelte und bremische Dienstleistung aktiv angeboten werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Frau Senatorin, wo liegt denn der Schwerpunkt bei der Neubürgeragentur, auf der passiven Rolle von beratend und vermittelnd oder, wie Sie es im letzten Satz gesagt haben, einer aktiven Rolle? Das würde dann heißen, dass vielleicht bei solch einer überschaubaren Zielgruppe sich auch geeignete Menschen auf den

Weg nach Berlin machen und dort für den Standort Bremen Werbung betreiben. Sehen Sie das auch so?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Zumindest will ich unterstreichen, dass das insofern keine passive, sondern eine aktive Akquirierung von Neubürgerinnen und Neubürgern sein soll, indem man auch auf Zielgruppen zugeht. Dies wäre eine Zielgruppe, auf die man dann aktiv zugeht.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Baubeginn für die Zentrale der Stadtbibliothek**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Wann wird mit dem Umbau für die Stadtbibliothek im ehemaligen Polizeihaus begonnen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Dr. Trüpel, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Aufgrund des Vertrages zwischen der Firma Zechbau und der Stadtbibliothek Bremen ist mit Fertigstellung der Stadtbibliothek voraussichtlich 21 Monate nach Genehmigung des Bauantrages zu rechnen.

Nach Auskunft des Amtes für Stadtplanung und Bauordnung Bremen ist das Genehmigungsverfahren abgeschlossen. Die Baugenehmigung kann kurzfristig ausgehändigt werden. Bei einem Baubeginn im April 2002 ist mit einer Fertigstellung im Dezember 2003 zu rechnen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, in der letzten Eigenbetriebsausschusssitzung Volkshochschule und Stadtbiblio-

thek hat die Direktorin der Stadtbibliothek dem Gremium mitgeteilt, dass es deswegen zu solchen Irritationen über die Frage des Baubeginns gekommen sei, weil Herr Zech sich an den Staatsrat Mäurer gewandt hätte mit der Bitte, doch zu klären, ob nicht die Einrichtungen der Justiz in dieses Polizeihaus einziehen könnten, und außerdem hätte er darauf gedrungen, Fläche, die der Stadtbibliothek schon versprochen war, zu beanspruchen. Können Sie noch einmal zum Stand dieser Intervention Auskunft geben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Frau Abgeordnete Dr. Trüpel, wir haben noch einmal Rücksprache mit dem Bauordnungsamt aus dem Geschäftsbereich der Senatorin für Bau und Umwelt genommen, und nach der Auskunft, die wir von dort erhalten haben, haben die Verhandlungen, die Sie eben erwähnt haben, die Genehmigung nicht verzögert. Ob Nachbesserungen durch die Nutzungswünsche von Justiz notwendig sind, kann derzeit nicht beantwortet werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben eben den Eindruck suggeriert, dass nun, zumindest habe ich das so verstanden, im April 2002, also bald, Baubeginn sein soll. Wenn Sie heute nicht in der Lage sind, diese Frage abschließend zu beantworten, gehen Sie denn davon aus, dass wirklich im April 2002 mit dem Umbau begonnen wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Frau Abgeordnete, ich habe gesagt, bei einem Baubeginn, als Beispiel im April 2002,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Ach so, als Beispiel!)

ist mit einer Fertigstellung im Dezember 2003 zu rechnen. Ich habe gesagt, dass das Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist und dass die Baugenehmigung jetzt kurzfristig ausgehändigt werden kann. Ich gehe nach der Auskunft der jeweils zuständigen Ämter, Behörden und Einrichtungen davon aus, dass schnellstmöglich mit dem Baubeginn gerechnet wird.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde Sie dann doch gern noch einmal ganz explizit fragen, nicht nur, wann mit dem Baube-

ginn gerechnet wird, sondern ob denn auch wirklich im April 2002 begonnen wird!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Frau Abgeordnete, ich kann über das hinaus, was ich vorgelesen habe, Ihnen dies nicht beantworten. Wir rechnen mit dem schnellstmöglichen, das heißt also ohne schuldhaftige Verzögerung, einmal etwas interpretiert, Verfahren und damit mit einem Baubeginn, der demnächst sein wird.

Präsident Weber: Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bedanke mich für die nicht weiter zu präzisierende Antwort!)

Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ich erlaube mir, eine Zwischenbemerkung oder Frage anzuhängen. Habe ich das eben so richtig verstanden, dass nach Erteilung der Bauerlaubnis 21 Monate ins Land gehen, bis der Umbau fertig gestellt ist, so dass es doch ziemlich egal ist, wann Baubeginn ist? Das Ablieferungsdatum ist festgesetzt, oder habe ich das falsch verstanden? Die zweite Frage ist: Halten Sie persönlich eine Bauzeit von 21 Monaten für solch eine Umbaumaßnahme für außergewöhnlich lang?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Frau Abgeordnete, ich erlaube mir kein Urteil darüber, wie lange man bauen muss oder kann. Diese Frage kann ich Ihnen schlicht nicht beantworten. Ich habe in meinem Leben auch noch kein Haus gebaut.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Sie ist kürzer! - Abg. Frau Hammerström [SPD]: Aber einen Sohn gezeugt!)

Das hat keine 21 Monate gedauert, das kann ich Ihnen versichern!

(Heiterkeit)

Jedenfalls kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Sie haben gesagt, nach Erteilung der Bauerlaubnis noch 21 Monate. Das ist, glaube ich, unabhängig vom Baubeginn. Wenn es dann möglich ist, ein halbes Jahr vor

Lieferung dieses Mietobjektes anzufangen zu bauen, würde es mir persönlich ausreichen. Ist das jetzt abhängig von der Bauerlaubnis, oder ist es abhängig vom Baubeginn?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Die Dauer, wie ich es vorgelesen habe, ist nach Auskunft des Amtes für Stadtplanung und Bauordnung abhängig von dem Genehmigungsverfahren, das ist abgeschlossen, und dann von der Aushändigung der Baugenehmigung. Dann dauert es 21 Monate.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, treffen die Informationen, die Mitarbeiter der Stadtbibliothek geben, zu, dass das Raumprogramm oder das Flächenprogramm, wie immer wir das auch nennen mögen, für die Stadtbibliothek in dem ehemaligen Polizeigebäude reduziert worden ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter, wir haben diese Frage erwartet und Recherchen angestellt,

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist wirklich gut, dass Sie weitsichtig sind!)

und zwar beim Senator für Finanzen und bei der zuständigen GBI. Ich zitiere zunächst einmal aus einer Mitteilung des Senats vom 13. Januar 1998, wonach bei der Konzeption des Gebäudes vorgesehen war die Bereitstellung von zirka 47 Prozent der Gebäudeflächen für Läden, Galerien, Restaurants, Cafés und Erlebniszonen, 31 Prozent für Ausstellungen, Stadtbibliothek, Vereins- und Veranstaltungsräume, alternativ Büro- und Dienstleistungsräume. Nach Auskunft der zuständigen GBI wird die derzeitige Vereinbarung von Zechbau eingehalten, auch wenn Bereiche der Justiz in das Gebäude gehen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über das **Horthaus Düsseldorf Straße**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Reichert, Görtz, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie soll Ersatz für das kürzlich abgebrannte Horthaus an der Düsseldorfer Straße geschaffen werden?

Zweitens: Stehen Mittel für den erforderlichen Neubau zur Verfügung?

Drittens: Wann ist mit der Fertigstellung des Ersatzbaus zu rechnen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Zwischen dem Horthaus und der Grundschule Düsseldorf Straße besteht seit längerer Zeit eine enge Kooperation. Beide Institutionen zeigen ein starkes Interesse, die Zusammenarbeit zukünftig noch stärker inhaltlich zu verzahnen. Am 11. März 2002 hat dazu eine Planungskonferenz in der Schule Düsseldorf Straße stattgefunden, an der die Leitungen beider Einrichtungen, Vertreter des Amtes für Soziale Dienste und der senatorischen Behörden Bildung und Jugend beteiligt waren.

Die Besprechung endete mit folgendem Ergebnis: Horthaus und Grundschule Düsseldorf Straße werden kurzfristig einen Planungsprozess beginnen, der das Ziel hat, die Arbeit der Jugendhilfe und des Bildungsbereiches in integrierter Form stärker zu verknüpfen. Die Möglichkeit, aus dieser Kooperation eine Form der Ganztagschule zu entwickeln, wird dabei geprüft. In der Planungsphase wird geprüft, welche personellen, sachlichen und baulichen Voraussetzungen für oben genanntes Vorhaben erforderlich sind.

Nach Abschluss der Beratungen wird entschieden, in welcher Form ein Ersatz für das abgebrannte Horthaus Düsseldorf Straße geschaffen werden muss. Dabei könnten ein Neubau, ein Anbau an die Grundschule oder Umbauarbeiten innerhalb der Schule als mögliche Alternativen benannt werden.

Bis zu einer Entscheidung über strukturelle und bauliche Lösungen verbleiben die Hortgruppen in den jetzigen Räumen der Schule und dem KTH Mülheimer Straße. Falls die Grundschule den jetzt von einer Hortgruppe genutzten Klassenraum für ein erstes Schuljahr benötigen sollte, wird eine Doppelnutzung des Raumes für Schule und Hort in Betracht gezogen.

Zu zwei: Der Brandschaden ist von der GBI, der Bremer Gesellschaft für Immobilien mbH, der zuständigen Versicherung aufgegeben worden. Nach Aussage der GBI ist eine Zahlung der Versicherung für den Brandschaden unstrittig. Zurzeit wird über Sachverständigengutachten die Höhe des Schadens ermittelt und damit die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel für bauliche Maßnahmen.

Zu drei: Da das Horthaus und die Grundschule Düsseldorf Straße im Rahmen des in Antwort eins genannten Planungsprozesses eventuell völlig neue Raumkonzepte entwickeln, ist ein genauer Termin für den Abschluss von Baumaßnahmen noch nicht zu benennen. Voraussichtlich wird in den nächsten Monaten der GBI ein Vorschlag für ein Neu- oder Umbauvorhaben unterbreitet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, ich habe Ihre Antwort, denke ich, dahingehend richtig verstanden, dass geprüft wird, gegebenenfalls an der Grundschule in Zusammenarbeit mit dem Hort eine Ganztagschule einzurichten. Ich darf fragen: In welcher Weise ist beabsichtigt, die Deputation für Bildung hieran zu beteiligen, weil dies dort bisher meines Erachtens noch nicht diskutiert wurde?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich gehe davon aus, dass, weil es sich ja um ein Kooperationsprojekt zwischen auf der einen Seite Jugend und auf der anderen Seite Bildung handelt, dies dann auch in beiden Deputationen selbstverständlich behandelt wird.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wie wir das immer machen!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Kindertagesstätte an der Mülheimer Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Görtz, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird mit den erforderlichen Sanierungsarbeiten an der Kindertagesstätte an der Mülheimer Straße begonnen?

Zweitens: Wann ist die Kindertagesstätte an der Mülheimer Straße wieder in vollem Umfang als Kindergarten zu nutzen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die sanierungsbedürftige Dachkonstruktion des KTH Mülheimer Straße ist aus Sicherheitsgründen abgestützt worden. Damit ist nur ein Teil der Mehrzweckhalle zurzeit nicht nutzbar. Der sonstige Betrieb im KTH wird dadurch nicht beeinträchtigt. Die Mittel für die Sanierung der Dachbinder sind bereitgestellt. Mit den Arbeiten im Innenbereich wird kurzfristig begonnen, so dass diese bis zum Ende der Osterferien abgeschlossen sein werden. Anschließend erfolgt die Dachsanierung von außen. Dabei wird die gesamte Dachfläche aufgenommen, das Dach neu isoliert und neu gedeckt. Diese Maßnahmen können problemlos bei laufendem KTH-Betrieb erfolgen.

Zu zwei: Das KTH Mülheimer Straße ist voraussichtlich nach den Osterferien ohne Einschränkung zu nutzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin?

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Nein! Ich freue mich sehr über die Antwort des Senats!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung der letzten Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von dem Abgeordneten Eckhoff und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Technologiepark: Kurzfristige Erweiterung gesichert - Langfristige Perspektive fehlt!

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Technologiepark ist für Bremen das erfolgreichste und wichtigste Gewerbegebiet und Paradebeispiel dafür, dass Bremen den Strukturwandel eingeleitet hat. Über 6500 Beschäftigte in vielen Firmen und Instituten arbeiten mittlerweile im Technologiepark. Die Nachfrage ist groß und verstärkt sich immer weiter, und täglich können wir sehen, wie neue Geschäftshäuser zu bauen begonnen werden, zwei weitere große Projekte, Unicom 2 und das erste Hochhaus, E-Commerce-Tower, stehen kurz vor Baubeginn. Die Nachverdichtung, die wir beschlossen haben, zahlt sich aus, indem wir mehr Angebot schaffen, was aber auch wieder mehr Nachfrage regeneriert

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Generiert!)

und dadurch mehr Druck auf Flächen - -. Meine Damen und Herren, Versprecher können vorkommen, aber Sie wissen, was ich meine. Es wird durch das Angebot mehr Druck erzeugt, und das ist auch gut so, damit hier auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Diese Erfolgsstory ist die Grundvoraussetzung für alle Beschlüsse, die weiter folgen. Sie darf nicht gefährdet werden, meine Damen und Herren.

Die Entscheidung des Senats vom 12. März 2002, von der Süderweiterung nun Abstand zu nehmen, wird von der CDU begrüßt. Wir sind nie dafür gewesen, in den Süden zu gehen, das muss man einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe vor einigen Monaten oder im letzten Jahr, als wir die Aktuelle Stunde darüber führten, auch ganz deutlich gesagt, wir wollten auch nie Totengräber für 770 Kleingärten sein, und das sind wir auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber man muss sich natürlich noch einmal in Erinnerung rufen, wie das eigentlich damals war. Dieser Kompromiss der Süderweiterung ist uns in einem Koalitionsausschuss unter maßgeblicher Beteiligung des damaligen und jetzigen Fraktionsvorsitzenden Jens Böhrnsen sozusagen aufoktroiiert worden, weil der Sprung ins Hollerland von

Ihnen nicht gewagt worden ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Seitdem plagen wir uns mit dieser Angelegenheit herum. Es hat sich nichts bewegt. Sie wollen nach wie vor nicht ins Hollerland, und es gab keine Alternative, für Sie jedenfalls, was die Süderweiterung betraf, und insofern haben wir da 15 Monate lang gearbeitet oder auch nicht, um eine Erweiterung des Technologieparks kurzfristig hinzubekommen.

Der Beschluss des Senats, nun nach Westen zu gehen, wird von uns als Kompromisslösung begrüßt, und wir sagen auch ausdrücklich, wir begrüßen es sehr, dass wir nun kurzfristig auch Flächen zur Verfügung bekommen, aber, meine Damen und Herren, es ist ja nun nicht so, dass es eine langfristige grundsätzliche Sicherung des Technologieparks ist, und darauf werde ich gleich noch einmal kommen. Ich möchte aber vorher noch einmal etwas über das Prozedere sagen, das wir auch vor zwei Jahren schon als etwas merkwürdig empfunden haben. Wir sind der Meinung, dass das Handling, wie das hier gemacht worden ist, nun wirklich sehr zu wünschen übrig lässt, wie damals auch. Es ist mit den Betroffenen nicht gesprochen worden. Sie mussten das aus der Zeitung erfahren, und so etwas ist schlecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

So etwas ist ganz schlecht, wenn man eine positive Resonanz erzielen will.

Es ist natürlich so, dass es dort einen Campingplatz mit einer rührigen Betreibergesellschaft gibt und dass es einen Reitverein mit mehreren hundert Mitgliedern gibt, und es gibt auch den Verein Freunde der Uniwildnis mit über 400 Mitgliedern. Sie haben einen Nutzervertrag mit der Universität. Es gibt viele Leute, mit denen man hätte reden können, bevor sie es aus der Zeitung erfahren. Deswegen ärgert es mich auch sehr, dass es wieder nicht gelungen ist, diese Sache ordentlich vorzubereiten.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer war es denn?)

Die Vorschläge, meine Damen und Herren, kamen wie immer von der Senatskanzlei. Wir haben eine ganz feste Meinung. Wir haben nach wie vor die Meinung, dass das Hollerland der geeignete Punkt für die Entwicklung des Technologieparks ist, und Sie haben nun die anderen Punkte hier

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

vorgeschlagen. Wir begrüßen das, weil es kurzfristig zu einer Entlastung führt und wir kurzfristig Möglichkeiten haben, Flächen bereitzustellen. Das ist aber längst nicht der große Wurf, meine Damen und Herren.

Wenn wir den Technologiepark langfristig absichern und auch einen hochwertigen durchstrukturierten Technologiestadtteil entwickeln wollen, meine Damen und Herren, dann kommen wir nicht umhin, mehr Flächen als diese jetzt auch gegenüber der Süderweiterung wesentlich reduzierten Flächen auszuweisen. Wir kommen nicht umhin, den Technologiepark über die Autobahn hinaus ins Hollerland zu erweitern.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Die Senatsvorlage beschreibt ja auch ausdrücklich, dass mit diesem Beschluss die Lage des Technologieparks nicht beendet ist, sondern dass es nach wie vor eine Kontroverse darüber gibt, wie der Technologiepark zu einem durchstrukturierten Technologiestadtteil erweitert und ausgebaut werden soll, was ja von beiden Parteien unbestritten ist. Nur den Weg, der dahin führt, müssen wir noch weiter versuchen zu finden.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ich denke, der Senat hat beschlossen!)

Spätestens zum Anfang der nächsten Legislaturperiode muss klar sein, wohin der Weg geht, weil der Park langfristig, das heißt auch länger als drei oder vier Jahre, gesichert sein muss. Man muss eine langfristige Perspektive mindestens bis in das Jahr 2010 oder 2012 haben. Wir werden diese Forderung auf jeden Fall, das sage ich Ihnen auch, Herr Dr. Sieling, nicht aufgeben. Wir stehen für eine moderne Politik und wollen neue Arbeitsplätze schaffen. Wir sind Pilot- und Testregion für viele neue innovative Technologien und wollen viele neue Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen dann aber auch in der Lage sein, diese neuen Arbeitsplätze und diese neuen Firmen bei uns ansiedeln zu können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine wichtige Voraussetzung. Deswegen werden wir auch von diesem Standpunkt nicht abgehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß

gar nicht genau, die wievielte Debatte dies zur Erweiterung des Technologieparks ist, aber schaden kann es nicht, wenn man immer wieder einmal seine Position klar machen kann und die Gelegenheit dazu bekommt.

Sehr verehrter Herr Kollege Focke, Sie haben Recht, der wirtschaftliche Strukturwandel wurde bereits ganz genau im Juni 1988 eingeleitet. Da waren Sie noch in der Opposition.

(Beifall bei der SPD - Abg. Focke [CDU]: Davon hat man aber bis 1994 nichts gemerkt!)

Des Weiteren haben Sie gesagt, seit dem Koalitionsbeschluss, der Ihnen von Herrn Böhrnsen aufgetroxyt worden ist,

(Abg. Focke [CDU]: Das war ein gutes Wort, nicht?)

plagen Sie sich als CDU damit herum. Schönen Dank für Ihre Ehrlichkeit, das finde ich Klasse!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dass die Vorveröffentlichung nicht gut gewesen ist, kann ich nur bestätigen. Das finden wir alle. Natürlich ist es besser, die Gespräche mit den Betroffenen vorher zu führen, aber in Bremen ist es häufig so, dass vieles öffentlich ist, bevor es zu einem guten Ende gekommen ist. Das haben wir schon häufiger festgestellt. Schön ist das nicht, es ist auch nicht hilfreich, und deshalb bedauere ich dies auch, aber allein Ihre Überschrift, meine Damen und Herren von der CDU, kurzfristige Erweiterung gesichert, die langfristige Perspektive fehlt, zeigt mir, dass bei Ihnen nicht nur die Gedanken frei, sondern die Gedankengänge auch sehr kurz sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion und ich bleiben dabei, und dies wird durch den Senatsbeschluss, der am 12. März dieses Jahres gefasst worden ist, auch bestätigt, und wir begrüßen es ausdrücklich, dass auch für uns die dringend notwendige Fortsetzung der Erfolgsgeschichte Technologiepark sein muss, und wir sind froh, dass dies ohne jeden Angriff auf das Naturschutzgebiet Hollerland möglich ist, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen auch zum wiederholten Mal das Entwicklungskonzept meiner Fraktion, Technopolis, nahe bringen.

(Unruhe bei der CDU)

Darin haben wir aufgezeigt - wenn Lernresistenz vorherrscht, kann man es nicht oft genug wiederholen -, dass die Vernetzung einer ganzen Reihe technologieorientierter Gewerbeflächen die größten Synergien verspricht. Es geht darum, an unterschiedliche Entwicklungszellen dynamisch wachsende gewerbliche Flächen mit klaren innovativen Profilen anzudocken. Dafür gibt es eine Menge von Beispielen, wo solche Flächen vorhanden sind. Herr Focke,

(Abg. Focke [CDU]: Ich kann trotzdem zuhören!)

Sie können immer noch etwas lernen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Es fragt sich nur, bei wem er etwas lernen kann!)

Ich denke, von mir! Deshalb bitte ich ihn, doch zuzuhören.

Beispiele dafür sind, um nur einige wenige zu nennen, die Hochschulen von Bremen und Bremerhaven, Radio Bremen, das Gründerzentrum Airport-City, die IUB in Bremen-Grohn und so weiter, die alten Hafenviertel. Fazit meinerseits: Leistungsfähige Netze schaffen in unserer heutigen Zeit ebenso viel Nähe wie benachbarte Adressen. Der ewig einäugige Blick in das Hollerland macht städtebaulich keinen Sinn und kann wirklich nur diejenigen faszinieren, die sich eine integrierte Stadtentwicklung nicht zutrauen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, insgesamt werden jetzt weitere 40 Hektar zur Verfügung gestellt. Das ist beachtlich, und es ist kein Flickwerk.

(Abg. Focke [CDU]: Wir wollten 60!)

Weil Sie meinen, es sollte für die Jahre bis 2010/2012 reichen, da kann ich Ihnen versichern, dafür reicht es allemal, selbst wenn wir zu dieser traumhaften Zahl kommen und 3,5 Hektar pro Jahr Vergabe zugrunde legen, das können Sie sich dann selbst ausrechnen! Allein die Flächenbereitstellung ist aber nicht der Schlüssel zum Glück. Es geht um Nachverdichtung im Technologiepark selbst. Sie haben es in der Baudeputation beschlossen, Herr Pflugradt hat das mit bejubelt. Es geht um höhere Bebauung, es geht zum Teil um Hochhausbebauung, es geht aber auch um die Reduzierung von ebenerdigen Parkflächen. Es geht um eine bessere Flächenausnutzung im bestehenden Gebiet. Dies ist notwendig und richtig, und es geht um die Ausweisung neuer Flächen westlich des Kuhgrabenwegs und östlich des Naturschutzgebiets Uniwildnis. Es geht auch nicht um das sture Festhalten an Hektarzahlen. Es geht

um Bruttogeschossflächen. Das macht Fläche aus, da kann ich etwas unterbringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich begrüße ausdrücklich, dass hiermit fast alle der 770 Kleingärten in Schwachhausen erhalten bleiben können. Lediglich einige wenige müssen für den Bau der Horner Spange abgegeben werden. Nun geht es darum, dass schnellstmöglich geeignete Ersatzflächen für den Campingplatz und den Reiterhof zur Verfügung gestellt werden. Gerade auch für den mehrfach ausgezeichneten Campingplatz ist letztlich auch unter touristischen Gesichtspunkten dafür zu sorgen, dass wieder eine gleichwertige Anlage entsteht, und das gilt genauso für den Reiterhof. Erste Gespräche mit den Betroffenen sind geführt worden, und sie müssen zügig und schnell fortgesetzt werden, und zwar ergebnisorientiert.

Diese neue Lösung ist im Übrigen gemeinsam, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von der CDU, von der Senatskanzlei, dem Senator für Bau und Umwelt und dem Senator für Wirtschaft und Häfen erarbeitet worden.

(Beifall bei der SPD)

Insofern finde ich es immerhin ziemlich bemerkenswert, was die Haltung der CDU-Fraktion gegenüber dem Wirtschafts- und Häfenressort und dem Kollegen Hattig betrifft. Dafür zitiere ich abschließend mit Genehmigung des Präsidenten aus der Pressemitteilung des Senats vom 12. März dieses Jahres: „Die Senatorin für Bau und Umwelt, Christine Wischer, und der Senator für Wirtschaft und Häfen, Josef Hattig, begrüßten die gefundene Lösung. Dies schafft Raum, um die Erfolgsgeschichte Technologiepark fortzuschreiben.“ Dem kann ich mich nur anschließen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich hatte beim Aufruf des Tagesordnungspunktes als Vertreter des Senats lediglich Frau Senatorin Wischer genannt. Natürlich ist auch Herr Senator Hattig als Vertreter des Senats bestimmt.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihr Schauspiel hier und auch der Senatsbeschluss zeigen nur die Hilflosigkeit und die Unfähigkeit der großen Koalition.

(Widerspruch bei der SPD)

Hören Sie mir bitte zu! Ich werde es auch erläutern.

Die Ergebnisse sind keine tragfähigen Kompromisse, sondern wirklicher Unsinn.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die CDU handelt frei nach dem Motto „Je mehr Natur wir zerstören, desto wirtschaftlich kompetenter sind wir!“ Das ist wirklich Blödsinn hoch drei!

(Abg. Frau Striezel [CDU]: So ein Unsinn!)

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, lassen sich durch Ihre Senatorinnen und Senatoren letztendlich über den Tisch ziehen, denn das Mindeste bei der Frage der Westerweiterung wäre doch gewesen, wenn Sie einem solchen so genannten Kompromiss zustimmen, dass Sie dann das Hollerland verbindlich als FFH-Gebiet melden und dass das Hollerland bei den Auseinandersetzungen hier in dieser Stadt endlich außen vor ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dem Beschluss des Senats ist zu entnehmen, dass die Norderweiterung weiter zur Disposition steht. Es ist dem Senatsbeschluss zu entnehmen, dass die Gutachten in die entsprechende Richtung weitergeführt werden.

Wir Grünen schlagen Ihnen dagegen eine innovative Wirtschaftsentwicklung bei Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen vor, denn nachhaltige Entwicklung, das ist der Dreiklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem, ist das Gebot der Stunde. Das ist Zukunftsfähigkeit und nicht eine Rolle rückwärts in die Politik der sechziger Jahre, die Herr Focke dann als modern bezeichnet. Sie sollten einmal schauen, was man in den sechziger Jahren gemacht hat, dann sehen Sie, dass Sie das wiederholen und nicht modern sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gestern bei der Verabschiedung eines von mir sehr hoch geschätzten Menschen, nämlich Herrn Brückner, hat Ihr Bundestagsabgeordneter Michael Müller formuliert, was zukunftsfähig ist. Zukunftsfähigkeit ist nämlich die Fähigkeit, mit der Endlichkeit umzugehen. Es ist die effiziente Nutzung der begrenzten Ressourcen. Das geht auch trotz wirtschaftlicher Entwicklungen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Da stimmen wir zu!)

Würde, und das haben Sie, Frau Lemke-Schulte, auch gesagt, die Nachverdichtung des Technologieparks konsequent umgesetzt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

würden die anderen Standorte für Technologie und technologieorientiertes Gewerbe wie das Faulenquartier, wie die alten Hafendreiecke, wie der Standort an der Internationalen Universität konsequent entwickelt, dann bräuhete man keine weiteren Flächenexpansionen im Technologiepark der Universität, und man hätte auch keinen Arbeitsplatz weniger!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Frau Hammerström [SPD]: Da sind wir schon weiter!)

Ich erinnere hier nur einmal daran, dass Bremen UMTS-Pilotregion ist. Vielleicht können Sie das verknüpfen mit den anderen Entwicklungen. Ich weiß überhaupt nicht, warum man dann noch weder das Hollerland noch eine Westerweiterung braucht. Das Innovative liegt doch in dem Neuen und nicht in dem Weiter-so-wie-Bisher! Das Wichtige für Standortentscheidungen der Zukunft ist gerade die Verknüpfung auch solcher Standorte mit einer Freizeitinfrastruktur.

Ich möchte hier mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem offenen Brief der Architektenkammer vom 18. März 2002 zitieren: „Die Standortqualität für Technologiepark und Universität wird aber nicht durch ein für nachfragegerecht gehaltenes, großes Flächenangebot bestimmt, sondern vor allem auch von der infrastrukturellen Qualität direkt benachbarter Flächen für Erholung, Freizeit und Wohnen. Da Arbeiten, Wohnen und Freizeit räumlich so eng miteinander verbunden sind und eben auch die benachbarten Wohngebiete nicht zuletzt für Mieter und Investoren im Technologiepark Universität wegen der Freizeitangebote in nächster Nähe so attraktiv sind, konnte sich der Technologiepark Universität zu einem beliebten und nachgefragten Standort entwickeln, für dessen Attraktivität eben nicht nur die Nähe von Universität und Autobahnanschluss ausschlaggebend ist. Vor dem Hintergrund dieser Synergieeffekte verbietet sich ein Primat der Ausweisung von Erweiterungsflächen sowohl nach Norden als auch nach Süden, als auch nach Westen.“ Soweit die Architektenkammer!

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Und weiter?)

Damit auch die Begründung, warum die aktuellen Senatsbeschlüsse wirtschaftspolitischer Unsinn sind!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sind aber nicht nur wirtschaftspolitischer Un-
sinn, sie sind auch umweltpolitisch unverantwor-
tlich. Der Flächenfraß muss endlich ein Ende ha-
ben. Grundsatz einer nachhaltigen Politik ist der
sparsame Umgang mit der Fläche, und das betrifft
beide Gebiete. Ich möchte auf beide noch einmal
kurz eingehen.

Wenn Sie sich den Bereich westlich entlang des
Kuhgrabens anschauen, der jetzt zur Disposition
steht, dann ist festzustellen, dass es sich hier um
einen Pionierwald handelt, in dem noch der Nach-
tigall zu lauschen ist. Es ist hochwertiger Natur-
raum und eine wichtige Naherholungsfläche. Zu-
dem hat dieser Bereich eine erhebliche Bedeu-
tung für das Stadtklima in dieser Achse von dem
Bürgerpark über den Stadtwald ins Hollerland.
Wenn man hier hineingeht, baut man einen Rie-
gel, der das Stadtklima nachhaltig beeinträchtigen
wird.

Herr Schulte, können Sie sich an Ihr Stadtentwick-
lungskonzept erinnern? Darin haben Sie genau
das dargelegt, dass dieser Bereich, dass diese
Frischluftschneise ganz bedeutend für das Stadt-
klima und auch durch seine Naherholungsfunktion
unverzichtbar ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So etwas jetzt als Kompromiss zu verkaufen, ob-
wohl das Hollerland weiter zur Disposition steht,
das ist wirklich ein Hohn.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Steht doch gar
nicht zur Disposition!)

Es steht doch weiter zur Disposition. Das sieht
man an den Presseerklärungen von Herrn Eckhoff
und Ihren anderen Kolleginnen und Kollegen von
der CDU.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Ach, was Herr
Eckhoff sagt!)

Wenn Sie, Frau Hammerström, nichtsdestoweni-
ger der Meinung sind, dass es nicht zur Dispositi-
on steht, dann, bitte schön, melden Sie es endlich
als FFH-Gebiet an, und hören Sie mit den rechts-
widrigen Handlungen auf!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn sich Bremen hier nämlich verweigert,

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Bei uns laufen
Sie doch offene Türen ein!)

dann ist das nicht nur gegen den Naturschutz,
sondern es werden auch noch Strafzahlungen in
enormer Höhe zu erwarten sein.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das bezahlen die da drü-
ben!)

Das bezahlt das Land, und das bezahlt der Steu-
erzahler. Deswegen ist das unverantwortlich, und
das Hollerland ist endlich als FFH-Gebiet zu mel-
den!

Zusammengefasst: Sehr verehrte Damen und
Herren von der großen Koalition, hören Sie auf,
die falschen Entscheidungen zu treffen! Erst ver-
hindern Sie zukunftssträchtige Entwicklungen da-
durch, dass Sie über ein Jahr lang Diskussionen
über die Kleingärten führten. Sie haben einen fal-
schen Beschluss getroffen. Wir freuen uns, dass
er rückgängig gemacht worden ist. Es ist aber
nicht Ihre Aufgabe, ständig falsche Beschlüsse zu
fassen und nicht an einer innovativen Stadtent-
wicklung zu arbeiten. Solange mit dieser großen
Koalition das Hirngespinnst vorherrscht, dass Ar-
beitsplätze nur geschaffen werden können, wenn
man Flächen verbraucht, so lange, das sage ich
mit einem sehr großen Bedauern, aber der tiefen
Überzeugung, sind meines Erachtens auch die
Kleingärten nicht in Sicherheit, nicht die Kleingär-
ten, nicht das Hollerland, nichts im Umfeld der
Universität! Ich bitte Sie: Hören Sie endlich auf mit
so einer Art von Politik! - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das
Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr
verehrten Damen und Herren! Die Auseinander-
setzung, die wir heute führen, ist keine neue. Sie
hat eigentlich keinen Zugewinn an Erkenntnis,
wenn ich die Debatte richtig verfolgt habe. Es ist
Ihnen allen klar, dass es in der Frage der Erweite-
rung des Technologieparks einen grundsätzlichen
Unterschied in den Auffassungen zwischen den
beiden Koalitionspartnern gibt.

Die CDU hat von Anfang an gesagt: Wir möchten
in das Hollerland gehen! Sie hat damit die vielen
grundsätzlichen Überlegungen, die die SPD-Seite
hat, warum es nicht sinnvoll ist, in das Hollerland
zu gehen, nicht für sich als Merkposten, sondern
sie sieht es nicht so. Auf der anderen Seite hat die
SPD eben schon sehr deutlich gemacht, dass auf
der einen Seite die Wertigkeit des Hollerlandes
nicht einfach zu unterschätzen ist, und auf der an-
deren Seite, dass man, wenn man Zukunftsent-
wicklungen in unserer Stadtgemeinde und auch
im Lande vor Augen haben will, nicht einseitig nur

auf einen Punkt schauen kann, sondern dass man bitte sehr, und das ist der gemeinsame Auftrag - das ist ja im Senatsbeschluss noch einmal wiederholt worden -, bezogen auf einen hochwertigen und durchstrukturierten Technologiestandort an verschiedenen Stellen schauen muss. Das ist der Auftrag, der wird abgearbeitet. Insofern wird dann die weitere kontroverse Diskussion uns möglicherweise am Ende dieses Auftrages neu beschäftigen.

Bezogen auf das, was der Senat aktuell beschlossen hat, denke ich, ist es eine gute Lösung gewesen, und ich stelle fest, dass zumindest die Koalitionsfraktionen dies auch einheitlich so sehen, dass wir mit diesem Beschluss zusätzliche Flächen bereitstellen. Wenn Sie mir gestatten, die Frage, ob es eine Erweiterungsmöglichkeit gibt und ob irgendjemand die bremsst, war, glaube ich, auch immer einvernehmlich unter uns, indem wir immer gesagt haben, es muss Erweiterungsmöglichkeiten auch für den Technologiepark Universität geben! Frau Lemke-Schulte hat ja schon darauf hingewiesen. Immer die Frage zu betonen, dass das eine tolle Entwicklung war und dass das eine Erfolgsstory ist, die unterstreichen wir doch alle! Mir ist dabei eingefallen, es gibt so eine schöne Werbung, da fragt zumindest immer einer: Wer hat es erfunden? Das kann man ja an dieser Frage, Frau Lemke-Schulte hat darauf hingewiesen, wiederholen und an dieser Stelle sagen: Wer hat es denn erfunden?

(Beifall bei der SPD)

Auch da gibt es zwischen uns keinen Streit. Nun gibt es eine Lösung, in der wir anders vorgehen wollen, als es bisher angedacht war. Ich freue mich auch, dass wir die Lösung, die zunächst angedacht worden war, was die Kleingartenfreunde angeht, jetzt vom Tisch haben. Wir haben aber doch gleichzeitig geschaut, wo es denn Flächen gibt.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, wir werden jetzt über 20 Hektar zusätzlich, die über diese Westerweiterung dazukommen. Wir haben im Übrigen, wenn man alles zusammen nimmt, 40 Hektar neue Flächen. Es ist nicht all das einbezogen, was über Intensivierung der Bruttogeschossfläche an zusätzlichen Möglichkeiten besteht, Frau Lemke-Schulte hat darauf hingewiesen. Dazu gibt es also noch mehr Möglichkeiten, gewerblichen Raum und noch mehr Arbeitsplätze zu schaffen. In den Berechnungen geht man davon aus, dass man infolge dieser neuen Flächen, die wir westlich ausgewiesen haben, infolge von Nachverdichtung, also Hochhausbebauung, in erheblichem Umfang weitere Hauptnutzflächen hat und rund 20.000 Arbeitsplätze zu schaffen sind. Ich bitte Sie, ist das

denn keine Perspektive? Sind denn 20.000 Arbeitsplätze in einem Zeitraum, auch das ist angesprochen worden, der, selbst wenn man sagt, wir wollen angebotsorientiert Flächen anbieten, doch mindestens ein Jahrzehnt dauern wird, um diese Flächen auch ausnutzen zu können, nicht eine Perspektive?

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, der Senat hat damit gemeinsam eine kluge Perspektive eröffnet. Es ist bei weitem kein Tropfen auf dem heißen Stein, sondern es ist eine Möglichkeit, auch städtebaulich den Bereich gerade an dieser Stelle weiterzuentwickeln, im Umkreis der Universität in die Breite, jetzt also an der westlichen Stelle, zu gehen und von daher auch eine geschlossene Bebauung an dieser Stelle zu erreichen, was stadtentwicklungsmäßig von Vorteil ist. Alles in allem, denke ich, eine gute Sache!

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch ein Stichwort dazu sagen, dass es eine Vorveröffentlichung gegeben hat. Niemand bedauert das mehr als der Senat. Der Senat hat dies nicht gewollt. Es ist eine Indiskretion gewesen, warum es in die Presse gekommen ist, denn just zu dem Zeitpunkt, als es veröffentlicht wurde, waren die Terminierungen vorgenommen worden, um mit den Betroffenen, sei es vom Campingplatz, sei es vom Reitverein, sei es von der Initiative Uniwildnis, zu sprechen. Leider ist uns das durch Indiskretion verhaselt worden. Ich habe aufgehört nachzuforschen, wer diese Indiskretion verschuldet hat. Tatsache ist, dass wir aus diesem Grund in diese unglückliche Situation geraten sind. Wir haben das als Senat unsererseits auch sehr bedauert.

Meine Damen und Herren, ich will es nicht länger machen. Ich glaube, dass wir eine gute Entscheidung getroffen haben, die uns handlungsfähig macht, die uns Perspektiven schafft, die kein Tropfen auf dem heißen Stein ist und die in der Tat, und auch das wird man sagen müssen, die unterschiedlichen Positionen der weiteren Entwicklung des Technologiestandorts Bremen nach wie vor kontrovers hält. Das ist so, das muss man so sehen! Ich glaube aber, für den Technologiepark Universität haben wir eine gute Weichenstellung vorgenommen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Streitig denken und reden, ohne dar-

über in Streit zu geraten, gibt es einen besseren Ort als das Parlament, selbiges zu pflegen? Ich tue es, versuche es und halte mich zunächst einmal an die Fakten. Es ist ja ganz fröhlich, wenn man sich die Fakten immer wieder in Erinnerung ruft, bevor man dann zu den so wohl fundierten Bewertungen kommt.

Der Technologiepark ist eine Erfolgsstory, Frau Lemke-Schulte, wir sind einer Meinung, sie wurde im Jahr 1988 begonnen, aber durch diese Koalition - das werden wir doch auch sagen dürfen - intensiv fortgeführt.

(Zurufe von der SPD: Richtig!)

Es sind rund 6000 Beschäftigte, die in 275 Unternehmen tätig sind. Wenn ich einmal Forschungsinstitute und Universität außen vor lasse, haben wir hier die klassische Mittelstandsförderung. Das habe ich im Übrigen auch in diesen Tagen auf der CeBIT vermehrt und intensiv zur Kenntnis genommen und selbst artikuliert. Der Technologiepark besteht zu gut einem Viertel aus Dienstleistungsunternehmen, zu weniger als der Hälfte aus Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche und etwas mehr als einem Viertel aus Unternehmen der Biotechnologie, Medizin, Gesundheit und Umwelttechnologie.

Die Hälfte der Unternehmen betreibt eigene Forschung und Entwicklung. Überdurchschnittlich viele kleine und Kleinstunternehmen haben sich im Technologiepark angesiedelt. 83 Prozent der Unternehmen haben weniger als 20 Beschäftigte. Das unterstreicht meine Feststellung, das ist die klassische Mittelstandskonzentration und damit auch Mittelstandsförderung. Ein Drittel aller Patente im Lande Bremen stammen aus dem Technologiepark. Wichtigste Ansiedlungsmotive sind das Image und die möglichen Synergieeffekte. Das bitte ich freundlich aufzunehmen.

Warum streiten wir überhaupt über neue Flächen? Seit der Gründung des Technologieparks hat sich eine rasante Entwicklung vollzogen. Die derzeitige Nachfrage macht im Durchschnitt einen Flächenbedarf von drei bis fünf Hektar pro Jahr erforderlich. Ein Beispiel für die ungebrochene Nachfrage: Im Südteil sind von 14,6 Hektar bisher schon 3,1 Hektar erschlossen, 3,8 vergeben und 3,7 reserviert. Die Ansiedlungserfolge sind dabei auch abhängig von den verfügbaren Flächen. Deshalb ist auch eine längerfristige Planung notwendig.

Nächste Frage: Schöpfen wir alle Möglichkeiten aus? Wir haben uns im Senat darauf verständigt, alle Möglichkeiten, die eine Verdichtung bietet, jetzt zu nutzen, das heißt höher und enger. Die Nachverdichtung bezieht sich aber hauptsächlich

auf Neubauten und führt dazu, dass es zukünftig möglicherweise verstärkt Immobilieninvestoren gibt. Das hat auch einen ganz einfachen Grund: Kleinere Unternehmen gehen nicht in Hochhäuser und benötigen auch keine Hochhäuser, sondern sie benötigen, um sich selbst darstellen zu können, eine überschaubare Größenordnung, das heißt im Zweifel mehr in die Breite als in die Höhe. Das müssen wir sehen. Eine Verdichtung durch Hochhäuser ist damit allenfalls für Projektentwickler interessant, nicht aber für die mittelständischen Unternehmen. Zudem gibt es auch Flächenreservierungen für Verdichtungen.

Mit einer Überbetonung der Verdichtung, und das ist mein Punkt, behindern wir die zukünftige Entwicklung erfolgreicher Unternehmen. Ich sage das auch ganz praktisch. Schauen Sie sich doch OAS, OAB, Messerknecht und das Fraunhofer-Institut an! Sie wären doch vor 20 Jahren alle noch nicht in der Lage gewesen, das zu tun, was sie heute tun. Ich will damit ja nur mein Argument belegen und mich dabei bemühen, weiterhin faktenorientiert zu bleiben.

Wir haben im Moment große aktuelle Vorhaben als so genannte Hochhäuser: Unicom 1, Unicom 2, den E-Com-Tower und das Zechbau-Hochhaus. In der Regel wird es aber, wenn man es perspektivisch sieht, so bleiben, dass allenfalls - und das allenfalls meine ich nicht wertend, sondern feststellend - eine viergeschossige Bauweise in Betracht kommen kann.

Nun zur gefundenen Lösung des Senats! Der Senatsbeschluss vom 12. März 2002 umfasst im Wesentlichen drei Punkte: erstens die interne Flächenmobilisierung, also Nachverdichtung, zweitens Flächenerschließung westlich des Kuhgrabens und drittens die Verkehrsmaßnahme Horner Spange.

Nun will ich den Senatsbeschluss, an dem ich ja beteiligt war, auch für mich werten und damit beurteilen. Im Vergleich zu dem ursprünglichen Planungsvorschlag vom November 2000, Sie erinnern das Gutachten Speer und Partner, genannt „Erweiterung des Technologieparks Universität Bremen“, werden statt der beschlossenen 60 Hektar jetzt lediglich, auf die 60 bezogen, 40 zur Verfügung gestellt, wobei 20 aus der Verdichtung kommen sollen mit all den Problemen, die ich genannt habe, und 20 eben aus dem Übergehen über den Kuhgraben in den westlichen Teil dieses Geländes.

Diese Entscheidung ist zu begrüßen, weil die Erfolgsgeschichte fortgeschrieben werden kann, da kurzfristige Flächenengpässe für die notwendige Ausweitung des Technologieparks vermieden

werden müssen und, und der Punkt ist ganz wichtig, weil dieses Gelände integriert und damit nachfrageorientiert bleibt. Ich warne dringend davor, diese Flickenteppichtheorie - wenn ich mir erlauben darf, das so zu nennen - zu einem Gegenstand objektiver Betrachtung zu machen. Die gefundene Lösung gibt eine gute Übergangslösung und stellt einen vertretbaren Kompromiss dar.

Ich muss auch einmal darauf hinweisen - je kleiner die politische Einheit, desto höher ist die Vermischung zwischen Legislative und Exekutive, das ist eine alte Erfahrung, die wir, glaube ich, auch einmal verfassungsrechtlich diskutieren sollten -, dass Exekutive gelegentlich etwas anderes ist als der Vollzug der jeweiligen Parteiüberlegungen. Exekutieren heißt handeln, und handeln heißt, zielgerichtet diese Entwicklung weiter vorantreiben, damit wir nicht, erlauben Sie mir das jetzt etwas fröhlicher zu formulieren, plötzlich an unseren polemischen Grundsätzen feststellen: Wir haben wunderbar gestritten, aber nichts erreicht!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Jetzt müssen Sie aber dahin gucken! - Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Das war auch gar keine Adresse an die CDU! Das war eine Adresse an die Verfassungsqualität. Der Senator muss handeln! Er kann nicht immer nur parteiliche Wünsche so übersetzen, als sei das schon das Handeln. Das gilt aber für Sie genauso wie für uns, deswegen sage ich das in allem Freimut. Ich muss mir doch gar keine Mühe antun, um das hier festzustellen. Wir sind doch im Parlament, oder wo sind wir? Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn ich mir nun die Fakten zum Hollerland ansehe, dann gehen die Überlegungen davon aus, ein Stadtteilkonzept mit diesem wirtschaftlichen Schwerpunkt zu organisieren, und dafür sind - und nun steinigen Sie mich bitte nicht gleich - 100 Hektar notwendig. Das ist nun einmal so. Bremen, und nun kommen wir wieder zu den Fakten - -.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind doch bei den Fakten, da werden wir uns doch nicht streiten müssen!

Bremen liegt bei der Gesamtfläche der ausgewiesenen Naturschutzgebiete über dem Durchschnitt des Bundes. Der Bund hat 2,3 und Bremen 3,8 Hektar.

(Beifall bei der SPD)

Unter den deutschen Städten liegen wir an vierter Stelle, auch da ganz vorn. Bei den Vogelschutzgebieten - - .

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte, mir doch fröhlich zuzuhören! Ich freue mich ja über die vielen Vögel, die im Frühling so schön ihre Liedchen schmettern. Hören Sie zu! 22 Prozent der Landesfläche sind in Bremen als Vogelschutzgebiet angemeldet. In Hamburg sind es einschließlich des Nationalparks Wattenmeer 2,4 Prozent. Darf ich die Zahlen wiederholen? 22 Prozent in Bremen, 2,4 in Hamburg! Nun werden Sie doch freundlicherwise verstehen, wenn ich jetzt eine Wertung vornehme, dass ich dabei Probleme habe, Ihre Naturschutzvorstellungen - aus meiner Sicht Ideologie - so ernst zu nehmen, dass ich dabei den anderen Gesichtspunkt vergesse, diese Stadt wirtschaftlich zukunftsfähig zu halten!

(Beifall bei der CDU - Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes?

Senator Hattig: Lassen Sie mich doch freundlicherwise ausreden, Frau Dr. Mathes, ich bin gerade so in Fahrt! Ich gehe gleich gern auf Ihre Frage ein!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wenn ich das einmal zusammenfassen darf: Die Kleingärten werden verschont, ganz vorsichtig formuliert, zumindest zunächst.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hängt ja davon ab, in welche Richtung wir gehen, nach Norden oder nach Süden! Da kann ich mich doch nur selbst zitieren - jetzt stehe ich allein hier -, ich habe immer gefragt, warum wir in die falsche Richtung gehen, warum wir nach Süden gehen, warum wir Kleingärten vernichten, 40, 60 und 80 Jahre kultiviertes Land, und sie gegen eine, früher habe ich gesagt saure Wiese, ich will Sie heute nicht provozieren, heute sage ich, Wiese ersetzen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Hammerström [SPD]: Naturschutzgebiet, Herr Senator!)

Man muss sich das doch auch einmal vor Augen führen, was wir da eigentlich tun und bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen ja jetzt, und das ist eine allgemeine Erfahrung, die wir ja im täglichen Leben immer machen, wer rohe Eier schont, wird sie mit Konsequenz irgendwann zertreten. Das Sankt-Florians-Prinzip ist wunderbar, darf ich es ganz einfach übersetzen: Beschütze unsere Häuser, stecke die der anderen an! Erst sind es die Kleingärten, dann wird dort Protest angemeldet, jetzt sind es die Reiter, für die ich viel Sympathie habe, ich reite selbst nicht, finde es aber hervorragend, dass sie da sind. Nun sagen die aber, wir wollen nicht. Wie wollen wir das denn weiter betreiben? Entscheiden, meine Damen und Herren, heißt, irgendwann einmal ohne Wenn und Aber Ja oder Nein zu sagen! So ist das nun einmal auf dieser Welt.

Wenn ich mir ansehe, und der Punkt sollte auch mit einigem Nachdruck formuliert sein, Herr Focke ist mein Zeuge, wir waren auf der MIPIM, da ist ja alles vertreten, was in Europa Region ist: Man muss allerdings auch laufen können!

Wenn Sie mir die Bemerkung erlauben: Gehen Sie doch in die von Sozialdemokraten regierte wunderschöne Stadt Dortmund, und fragen Sie sich, welche Erfahrungen sie dort mit dem Technologiepark gemacht haben! Der leitende Verwaltungsdirektor, also nicht irgendwer, sagt auf die Frage, ob man einen Technologiepark als Einheit haben muss oder ihn auch in Teile zerlegen kann: Um Gottes willen, lassen Sie das In-Teile-Zerlegen, das haben wir gerade versucht, das geht nicht!

Ich hole Ihnen gern den leitenden Verwaltungsdirektor nach Bremen, um vor der SPD-Fraktion - ich würde mich als Gast einladen - diesen Vortrag halten zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem ich mich nun bemüht habe, faktenorientiert zu bleiben, erlauben Sie auch mir eine Wertung! Entscheidend sind die Kunden und nicht das, was wir gern hätten. Was tut jemand, der in Bremen investieren und sich ansiedeln will? Er will in den Technologiepark! Er will nicht irgendwohin, sondern in eine geschlossene Einheit. Deswegen glaube ich und bin überzeugt, dass wir auf Dauer das Hollerland nicht werden ausschließen können.

Verehrter Herr Böhrnsen, darf ich Sie direkt ansprechen? Wenn wir im Jahr 1988 - wir sage ich jetzt in der historischen Kontinuität, nicht weil ich aktiv beteiligt war - den Technologiepark so diskutiert hätten, wie wir ihn heute als Hollerland diskutieren, dann habe ich Zweifel, ob es zum Technologiepark gekommen wäre. Darf ich es abschließend so formulieren: Ich will nicht Recht behalten,

sondern ich will diese Stadt wirtschaftsfähig halten, das ist mein Interesse. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich jetzt doch aufgrund der Rede von Senator Hattig noch einmal gemeldet.

Herr Senator Hattig, dieses Parlament hat im vergangenen Sommer fraktionsübergreifend einen Beschluss gefasst, in dem wir alle der Meinung waren, dass mit dem Flächenverbrauch im Technologiepark Schluss sein soll. Wir haben einstimmig beschlossen, zukünftig mit diesen Flächen sorgfältiger umzugehen, dass Schluss sein soll, diese kleinen Schachteln in der Breite aneinander zu reihen, dass wir stattdessen in die Höhe gehen und keine ebenerdigen Parkplätze mehr im Technologiezentrum haben wollen. Wir haben diesen Beschluss auch vor dem Hintergrund gefasst, dass es wichtig ist, die Kleingärtner in ihren Kleingärten zu lassen und das Hollerland zu schützen.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Das haben wir so nicht beschlossen, was Sie gerade sagen!)

Wenn man Sie heute hört, dann weiß ich jetzt sehr genau - und die Bausenatorin, ich habe es an ihrem Gesicht gesehen, war mit Ihrer Rede beileibe nicht einverstanden -, dass das, was wir hier als Parlament wollten, Herr Kollege Pflugradt, nichts weiter als Schall und Rauch ist und dass das faktisch bedeutet, wir bauen weiter so in die Fläche, nebeneinander, Schachtel neben Schachtel und opfern dafür wertvolle Naturflächen. Dies war nicht die Meinung des Parlaments, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe es ja schon geahnt. Wir bekommen in der Baudeputation, nachdem ein halbes Jahr eine Vorlage zur verdichteten Bauweise immer wieder ausgesetzt wurde, weil eben gerade diese Forderung des Parlaments offensichtlich von der Verwaltung nicht erfüllt wurde, eine Vorlage, in der eben gerade keine Verdichtung stattfindet. Sie haben eben mit Ihren Worten bestätigt, dass Sie gar nicht verdichten wollen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Hat er auch nicht gesagt!)

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Sie sagen, es werden nicht mehr als vier Geschosse gebaut, weil die Leute das nicht anders haben wollen. Wenn Sie als Wirtschaftssenator das ernst meinen und hier nicht etwas völlig anderes reden, als die Bausenatorin vorhat, als wir Parlamentarier vorhaben, dann ist es Ihre hervorragende Aufgabe als Wirtschaftssenator, gemeinsam mit der BIG und ansiedlungswilligen Unternehmen gerade diese schwierige Aufgabe zu lösen und zu schauen, wie man Existenzgründern, neuen Unternehmen gemeinsam unter einem höherem Dach statt unter einem kleinen Schachteldach eine Zukunft im Technologiepark gibt.

Wir Grünen nehmen im Gegensatz zu Ihnen als CDU die Belange des Umweltschutzes ernst. Wenn Sie hier so laut von Exekutive und vom Handeln und von Handelnden reden, dann sage ich Ihnen als Exekutive: Dazu gehört auch, dass Sie dieses Hollerland nun endlich den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend anmelden, damit es dauerhaft geschützt ist. Dass Ihnen das egal ist, mag sein. Sie werden aber von den Bremer Wählern eine Quittung dafür bekommen, denn den Bremerinnen und Bremern sind die Natur und eine Lebensqualität, die erhalten werden soll, wichtig, meine Damen und Herren. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur noch zwei Sätze zu Frau Krusche! Was Sie hier eben zitiert haben, ist natürlich von diesem Parlament nie und nimmer beschlossen worden. Also nein, Sie haben das wirklich völlig durcheinander gebracht! Was wir beschlossen haben, ist, dass wir eine Nachverdichtung vornehmen wollen. Das ist natürlich ganz klar. Das hat aber weder etwas mit Flächen noch sonst etwas zu tun. Wir wollen eine Nachverdichtung vornehmen.

Nun muss man aber auch einmal ganz deutlich sagen, was heißt denn Nachverdichtung? Darüber haben wir uns in der Baudeputation auch lange unterhalten. Nach Ihrer Maßgabe heißt Nachverdichtung, dass wir jetzt überall Hochhäuser wie Pilze aus der Erde schießen lassen.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann es aber nicht sein, meine Damen und Herren! Das geht nicht, das wird von der Wirtschaft auch nicht angenommen. Es geht natürlich darum, und das hat Herr Senator Hattig, finde ich, in einer sehr guten Ausführlichkeit beschrieben,

wie die Nachverdichtung im Technologiepark vor sich gehen kann.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schert mich, was ich gestern beschlossen habe!)

Wir haben beschlossen, dass es Hochhäuser geben kann. Wir haben beschlossen, dass höhere, bis sechsgeschossige Gebäude an den Einfahrtsachsen gebaut werden sollen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Beschlossen, aber nicht ernst gemeint!)

Wir müssen aber ganz deutlich konstatieren, dass es viele Unternehmen gibt, die nun einmal nicht in den zwanzigsten Stock eines Hochhauses gehen, weil sie es auch gar nicht können. Junge, innovative Unternehmen wollen es teilweise, und die brauchen vielleicht auch etwas ganz anderes. Diese Möglichkeit müssen wir im Technologiepark vorhanden sein lassen, meine Damen und Herren. Es muss nach wie vor möglich sein, auch drei- oder viergeschossig zu bauen. Wenn wir dies nicht vorhalten, dann werden wir die Erfolgsstory nicht weiter fortsetzen können. Deswegen haben wir zwar eine Nachverdichtung beschlossen, wir haben aber nicht beschlossen, dass wir nur noch Hochhäuser bauen wollen, meine Damen und Herren!

Wenn Sie sich ein bisschen umschauchen würden und einmal einen Besuch auf der CeBIT gemacht und die Unternehmen dort gefragt hätten! Es ist übrigens ein fantastischer Bremer Stand mit über 22 Unternehmen aus Bremen, die sich dort präsentieren. Mit denen haben wir zum Beispiel auch über die Erweiterung des Technologieparks gesprochen. Die sind ganz eindeutig der Meinung, dass ein Stadtteil auch ein Stadtteil sein muss und nicht Technopolis über acht oder zehn Standorte verteilt. Eindeutige Meinung aller im Technologiepark ansässigen Menschen ist, das Erfolgsprojekt darf nicht gefährdet und zerfleddert werden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen den nicht zerfleddern!)

MIPIM, Herr Senator Hattig hat es angesprochen, mehrere Städte haben große Technologieparks, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Überall sind große Technologieparks. Das Erfolgskonzept ist und der größte Erfolg existiert, weil zusammenhängende Flächen zu einem strukturierten großen Technologiestadtteil mit Wohnen, mit Dienstleistung und allem Drum und Dran entwickelt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Das macht erfolgreiche Technologieparks aus, dass sie zusammenhängend geführt und entwickelt worden sind.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das wollen wir doch auch!)

Das wird aber mit Technopolis nicht erreicht. Sie haben es gehört, wenn die Entwicklung wirklich erfolgreich abgeschlossen werden soll, brauchen wir langfristig gesehen für die Entwicklung 100 Hektar. Das, was wir jetzt gemacht haben, das darf ich auch einmal sagen, ist eine Reduzierung gegenüber dem, was im Jahr 2000 beschlossen worden ist. Damals hatten wir nämlich 60 Hektar beschlossen. Jetzt mit allem Nachverdichten hier und da, was man so zusammenrechnet, kommen wir auf 40 Hektar. Das ist wesentlich weniger als das, was wir als ehemaliges langfristiges Konzept beschlossen haben. Insofern ist das natürlich schon ein Rückschritt gegenüber dem, was wir im Jahr 2000 beschlossen hatten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf noch einmal auf den vorhin angesprochenen Punkt „Sondervermögen Hafen“ zurückkommen. Hier ist jetzt die Flexibilität des Parlaments gefordert.

Da die die Aussetzung beantragende Fraktion diesen Wunsch nun nicht mehr aufrechterhält, bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, diese Mitteilung des Senats doch noch heute am Schluss der Sitzung aufzurufen.

Ich stelle Ihr Einverständnis fest. Dann werden wir so verfahren.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 41 vom 26. Februar 2002
(Drucksache 15/539 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42 vom 12. März 2002
(Drucksache 15/549 S)

Meine Damen und Herren, eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Zuerst lasse ich über die Petition S 15/199 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition S 15/199 in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Verkehrerschließung der Hafentreie stadteilverträglich gestalten

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2002
(Drucksache 15/540 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Engelmann.

Abg. **Engelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im November des letzten Jahres hat die Stadtbürgerschaft den Senat mit den Stimmen der großen Koalition aufgefordert, die Umsetzung von Maßnahmen vorzubereiten, um die Verkehrerschließung der Hafentreie stadteilverträglich zu gestalten. Inzwischen liegt

uns dieser Zeit- und Maßnahmenkatalog vor. Hier mein besonderer Dank an das Bauressort für das zügige Abarbeiten!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der hier vorgelegte Maßnahmenkatalog ist ein großer Erfolg für die Waller Bevölkerung, für die Bürgerinitiativen und für den Stadtteilbeirat in Walle. Er ist ein Erfolg für ganz Walle.

Die in den letzten Monaten geäußerten Bedenken, Ängste und Anregungen sind so weit, wie es möglich war, von der Verwaltung und von der Politik berücksichtigt worden. Auch das Verwaltungsgesicht hat inzwischen entschieden und den Widerspruch der Initiative Waller Wied verworfen. Es geht jetzt darum, die Maßnahmen schnellstmöglich einzuleiten und erste spürbare Verbesserungen insbesondere im Bereich des Waller Rings voranzutreiben.

Die Baumaßnahmen für den Rückbau des Waller Rings werden noch in diesem Spätsommer oder Herbst beginnen und spätestens im Herbst 2003 fertiggestellt sein. Ich hätte mir hier sicher einen früheren Baubeginn vorstellen können, aber angesichts der Tatsache, dass wir jetzt gerade die Bauarbeiten am Hansator beziehungsweise an der Hansestraße haben, wäre es natürlich unverantwortlich gewesen, ein zweites Nadelöhr vor Ort einzurichten.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Nach Abschluss der Arbeiten wird der Straßenzug mit seiner Breite von 6,50 Meter den Charakter einer vierspurigen Allee haben, und dies wird deutlich verkehrsberuhigende Folgen haben. Für die Bürger am Waller Ring sind die Maßnahmen ein deutlicher Gewinn ihrer Wohnqualität.

Hinzu kommen die mittelfristige Herausnahme des Waller Rings aus dem Lkw-Führungsnetz und die Verhängung eines Nachtfahrverbots. Dies setzt allerdings voraus, dass die Leistungsfähigkeit des Autobahnzubringers Freihafen immens gesteigert wird. Jeder von uns, der Auto fährt, hat sicher schon einmal in dem Stau auf dem Fly-over gestanden.

Leider können wir es mittelfristig nicht erreichen, die Finanzierung des vierspurigen Ausbaus des Fly-overs mit dem Bund zu vereinbaren. Wir müssen also nach schnelleren Lösungen suchen. Ähnlich wie in Bremen-Nord wird angestrebt, die Leistungsfähigkeit des Utbremer Kreisels zu erhöhen und somit eine echte Alternative zum Fly-over zu werden. Eine signalgeregelt vierarmige Kreuzung

könnte hier die Lösung sein. Ich möchte aber an dieser Stelle deutlich betonen, dass ein vermehrtes Abfließen des Verkehrs vom Kreisel in den Osterfeuerberger Ring unbedingt verkehrstechnisch verhindert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Ein ausgebauter Kreisel darf eben nicht mehr Verkehr für Walle bedeuten, sondern im Gegenteil, alle Maßnahmen, die wir hier ergreifen, sollen das Gegenteil bewirken, Walle soweit wie möglich zu entlasten.

Meine Damen und Herren, über den Bau der Straße Überseetor wurde lange gestritten und kontrovers diskutiert. Ich glaube, die hier jetzt vorgelegte Lösung kann sich sehen lassen. Sie wird den lokalen Notwendigkeiten gerecht und berücksichtigt weitgehend die Belange der Bevölkerung am Waller Wied. Das Überseetor wird nun eben nicht das Zufahrtstor des Schwerverkehrs, der zum Großmarkt möchte. Dies wird unter anderem durch eine Gewichtsbeschränkung verhindert, und wie der Waller Ring wird auch das Überseetor eine alleeartige Stadtstraße mit einer Fahrbahnbreite von 6,50 Meter.

Nötig ist die Straße nicht für den Verkehr zum Großmarkt, sondern für die Anbindung der Hafenviertel insgesamt. Ich habe die Idee noch nicht aufgegeben, dass in den Hafenvierteln eine gesunde Mischung aus Wohnen, Leben, Arbeiten und Gewerbe möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Ganz selbstverständlich müssen die Viertel daher auch verkehrstechnisch optimal erreichbar sein.

Besonders die Bewohner des Waller Wieds haben sich in der Vergangenheit sehr stark in die Diskussion eingebracht. Das war richtig so und hat uns vielleicht auch teilweise die Augen mehr geöffnet. Ich bin fest davon überzeugt, dass die nun vorgelegte Lösung auch für die Bewohner des Waller Wieds eine Entlastung vom Lärm bedeutet. Eines kann jedoch in diesem Zusammenhang nicht verhindert werden: Der Lärm, der durch die Gewerbebetriebe im Hafen entsteht, kann nicht vollständig verdrängt werden. Dies ist sicherlich auch für die Bewohner bedauerlich. Andererseits können wir auch nicht erwarten, dass es im Hafen geräuschlos zugeht. Dies wäre sicher nicht im Sinne unserer Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik. Wir können das Problem jetzt eben nicht im Rahmen der Verkehrserschließung lösen. Ich möchte jedoch betonen, dass auch wir wollen, dass die Ge-

werbeaufsicht die Grenzwerte dort vor Ort, im Hafen, bei den Gewerbebetrieben penibel überprüft.

(Beifall bei der SPD)

Positiv hervorheben möchte ich außerdem das Lärmschutzprogramm, das für die Wohngebäude entlang der Nordstraße und der Hansestraße entworfen wurde. In der Vorlage wird zwar die Hafensandstraße benannt, aber für die Waller liegt die Hafensandstraße eher in Gröpelingen. Nordstraße trifft es hier wohl besser.

Obwohl dort kein gesetzlicher Anspruch besteht, legt der Senat ein Pilotprogramm für Zuschüsse zur Lärmsanierung auf. Ich finde dies sehr bemerkenswert und kann das nur ausdrücklich begrüßen. In diesem Zusammenhang sei auch die Lärmsanierung der Schule Nordstraße erwähnt. Die Schule profitiert eindeutig von den Maßnahmen, die ergriffen werden. Ich finde, eine prima Sache!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen! Wir haben lange und ausgiebig über die Maßnahmen diskutiert. Wir waren nicht immer einer Meinung, und die Bevölkerung stand dem Gesamten sehr skeptisch gegenüber. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir alles getan haben, um die beste Lösung für alle zu finden, für die Bevölkerung, für den Großmarkt und für die Hafensandstraßen insgesamt. Dieser Kompromiss kann sich mehr als sehen lassen. Er kann sogar Vorbild für andere Projekte in der Stadt sein. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Engelmann hat es gesagt, am 27. November 2001 haben wir uns das letzte Mal dieses Themas angenommen und haben eigentlich einen Antrag formuliert, der weitgehend auf die Wünsche aller Beiratsfraktionen des Beirats Walle zurückging und auch von den örtlichen Parteien getragen wurde. Ein wichtiger Kernsatz in diesem Antrag war: „Die Stadtbürgerschaft erwartet dabei die Berücksichtigung folgender Eckpunkte.“ Diese Eckpunkte waren im Wesentlichen Waller Ring/Übersektor, das muss man in einem Atemzug nennen, das Waller Wied, Lärmschutzsanierung Hansestraße und Nordstraße beziehungsweise auch Lärmschutz für die Schule an der Nordstraße. Die Fraktionen haben in der Debatte diese Punkte un-

terschiedlich gewichtet. Es kommt ja auch auf die verschiedenen Ansichtsseiten an.

Meine Damen und Herren, es tut sich etwas am Hafen. An der Lloydstraße wird heftig vermessen. An der Kreuzung Hansestraße/Hansator mit der Nordstraße wird kräftig gebaut. Der Durchstich zur Konsul-Smidt-Straße ist zu sehen. Das Brückenbauwerk im alten Hafengebiet ist entstanden. Die Straßenzüge im Hafen erhalten völlig neue Gesichter, völlig neue Züge, neue Verkehrsachsen entstehen.

Eigentlich kann in diesem Hause nur Freude aufkommen, dass sich da etwas tut. Wir Christdemokraten können uns darüber freuen, und wir brauchen dazu auch nicht in den Keller zu gehen. Ich weiß auch, mit uns freut sich die Mehrheit der Waller Bürger, dass sich in ihrer Nachbarschaft etwas zum Positiven tut. Das ist doch die Wahrheit! Die Hochschule für Künste ist im Kommen. Alle sind erfreut über den Speicher XI. Der Waller Stieg wird bis zum Wasser am Holz- und Fabrikenhafen vorbei bald bis zur Weser Realität werden, ein lang gehegter Wunsch. Für die gastronomische Umgestaltung der Feuerwache gibt es mehr als nur einen Interessenten. Dies alles ist mehr als ein Grund zur Freude. Freuen wir uns mit dem Stadtteil darauf, dass der Stadtteil eine neue Chance erhält!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich möchte mit der Schule beginnen, die wir Parteien in diesem Haus alle viel zu lange vernachlässigt haben, das habe ich auch im November gesagt. Bei einer Straße mit 45.000 Verkehrsbewegungen hätten wir uns schon länger einmal fragen können, ob dort eine Grundschule hingehört.

Die wesentlichen Forderungen sind aber erfüllt: passiver Lärmschutz, Lärmschutzfenster, eine Lärmschutzmauer, Erweiterung und Verlagerung des Pausenhofs. Ob das in Frage stehende Gebäude schulisch nutzbar ist, ist zur Stunde noch nicht klar. Wenn es nicht brauchbar ist, sollte man es abreißen, das wird den Freiraum für die Schüler erhöhen. In Zeiten von Pisa brauchen Schüler auch Bewegung, und hier wäre eine Möglichkeit, Bewegungsraum zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Der Dachbodenausbau ist keine der wesentlichen Forderungen. Wenn er dann doch erfolgt, selbstverständlich auch dieser Dachbodenausbau lärmgeschützt!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Der ist notwendig!)

Dann machen Sie doch Vorstöße beim Bildungs-senator, dass er diesen Dachgeschossausbau forciert, und dann selbstverständlich auch lärmgeschützt!

(Beifall bei der CDU)

Sie werden unsere Unterstützung haben.

Zum Lärmschutz an der Nordstraße/Hansestraße! Übrigens, Herr Kollege, die Hansestraße ist auch in Walle/Utbrement! Die hat natürlich nicht so einen tollen Erfolg davon, dass der ganze Verkehr da durchgeleitet wird, deswegen haben wir uns auch darauf geeinigt, dass wir dort Lärmschutz machen wollen. Hier werden alle Forderungen erfüllt, die in unserem Antrag aufgestellt waren. Allerdings steht in der Antwort nicht explizit, wer die Kosten tragen soll. Wir gehen davon aus, dass es nicht auf Kosten der Anwohner, sondern wenn, dann auf Kosten der Überseestadt gehen wird. Vielleicht können Sie dazu ja noch etwas sagen.

Der Lärmschutz am Waller Wied! Herr Engelmann sprach es an, an der Bogenstraße wird ein Lärmschutzwall entstehen, um Schutz gegen das Überseetor zu garantieren. Nach der Fertigstellung der Anbindung Konsul-Smidt-Straße wird es auf der Seite der Heimatstraße beim Waller Wied wesentlich ruhiger sein. Dass dort weiterhin Gewerbe sein wird und Geräusche entstehen, wird sich nicht vermeiden lassen. Dort ist passiver Lärmschutz in Form einer Lärmschutzwand fast unmöglich. Die Fachleute kennen die Überhöhung, die dort ist. Mit Lärmschutzfenstern wäre da sicherlich etwas zu machen, aber, meine Damen und Herren, ein Hafen oder ein Hafenrevier, das keine Geräusche mehr macht, wäre ein totes Revier, und das wollen wir auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Die Bogenstraße wird kaum etwas vom Überseetor merken. Lärmschutzwall und Riegelbau werden das sicherlich verhindern. Dass die Anwohner auf der Seite nicht zufrieden sind, kann man verstehen, aber in Wahrheit müssen doch auch diese Anwohner erkennen, dass ihr Einsatz Früchte getragen hat. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger engagieren, finden wir als CDU-Fraktion das erst einmal gut und nicht negativ. Die Heimatstraße wird nicht ganz zu befriedigen sein, aber an dieser Stelle wird eine Verbesserung der Situation eintreten. Der Wunsch der Beiräte im Antrag vom November ist damit maßgebend umgesetzt.

Meine Damen und Herren, beim Überseetor scheiden sich die Geister. Nach wie vor halten es viele für unnötig, einige sagen, überflüssig wie ein Kropf, andere sagen, es ist für die Erschließung

dieser Hafenreviere unumgänglich. In Zusammenarbeit mit den Beiräten, der Koalition und den Betreibern von Überseestadt ist eine weitgehend tragfähige Lösung vorgelegt worden. Die Eckpunkte sind: Reduzierung auf 6,50 Meter, Tonnagereduzierung, Alleecharakter. Das ist alles sehr schön und kann sicherlich auch gut funktionieren.

Die Anbindung an die Nordstraße ist noch ein Problem. Es wird ja in der Antwort des Senats zunächst einmal von einer Rechts-hinein-rechts-heraus-Lösung gesprochen. Ich bin der Meinung, das reicht. Man muss nämlich auch überdenken, wenn die Straßenbahn an dieser Stelle gekreuzt wird, gibt es eine weitere Kreuzung, und nur fast 1000 Meter weiter ist die Kreuzung Waller Ring. Ob das für den fließenden Verkehr mit einer Welle hinzubekommen ist, das wage ich zu bezweifeln, und das wagen auch die Fachleute zu bezweifeln. Ob hier eine Vollkreuzung notwendig ist, darüber sollten sich vielleicht die Baudeputation und die Fachleute Gedanken machen, ob der Verkehr hier zwingend noch einmal angehalten werden muss. Im Bereich der Emders Straße wäre genügend Platz für einen Wendehammer, dann kann man die Situation auch umgehen.

Meine Damen und Herren, es wird den Ausbau der Bundesautobahn 27 geben. Hier muss doch weiterhin Verkehr möglich sein. Ich sage ganz deutlich, Gröpelingen und Walle dürfen bei der Baustelle auf der A27 nicht zur Staustelle werden, sondern auch da muss der Verkehr nach wie vor fließen können.

Der Waller Ring ist das Problem schlechthin. Nach Meinung von Senat, Bürgerschaft und Beiräten sind die Forderungen wohl, zumindest nicht zeitlich, nicht unter einen Hut zu bringen. Der Wunsch der Anwohner ist, die Reduzierung so schnell wie möglich durchzuführen. Zurzeit wird am Waller Ring wieder gebaut. Es werden Löcher geflickt, wahrscheinlich wegen der erheblichen Stöße, die gegen die Fundamente der Häuser und gegen das Kanalsystem gehen. Das ist nicht zu vermeiden, dass dort zurzeit gearbeitet wird. Es gab aber ja auch einmal den Plan, den Waller Ring bis zur Weser durchzuziehen. Dies wäre für die Anwohner des Waller Rings der Supergau geworden, und den konnten wir Gott sei Dank verhindern.

Der Zeitpunkt muss abgestimmt werden. Ich sagte, beim Hansator wird gebaut. Man kann nicht beide Adern, die zum Hafen führen, zumachen. Nun kommt es zu einer Verzögerung im Vergleich zur Forderung. Das ist für die Anwohner am Waller Ring nicht schön, aber, meine Damen und Herren, schon zwei Straßenzüge weiter sehen die Menschen das mit anderen Augen. Sie haben an-

dere Probleme, zum Beispiel die Parkprobleme in Utbremen.

Einige Worte zum Fly-over! Das ist der kritische Punkt schlechthin. Der vierspurige Ausbau wird so schnell nicht zu erreichen sein, also muss alles getan werden, um den Verkehr so flüssig wie möglich über die sogenannte Nullebene zu bekommen, und zwar in Richtung Hansestraße. Eine Straße muss den Verkehr aufnehmen! Deswegen haben wir dort auch passiven Lärmschutz beantragt, und wenn dieser Knick herausgenommen wird, wo sie nicht vierspurig ausgebaut ist, wird das sicherlich auch zum reibungsloseren Verkehrsfluss führen und dann auch zu weniger Geräuschemissionen.

Der Ausbau des Fly-overs bleibt aber eine Forderung, hinter der wir uns alle versammeln können. Er braucht Zeit. Erst dann, wenn dort etwas geschehen ist, das ist uns allen klar, kann man darüber nachdenken, den Waller Ring aus dem Lkw-Führungsnetz herauszunehmen und auch ein Nachfahrverbot auszusprechen. Es fällt mir als Waller Abgeordnetem relativ schwer, das so zu sagen, aber irgendwo muss der Verkehr hin. Der vierspurige Fly-over wäre natürlich die ideale Lösung, um den Verkehr gar nicht erst in den Waller Ring zu leiten. Das wäre die optimale Lösung.

Wir sind als CDU-Fraktion mit der Antwort des Senats zufrieden. An einigen Punkten muss wie immer vielleicht noch einmal nachgedacht werden, was den Waller Ring, die Kreuzung Überseetor betrifft, ob da eine Kreuzung hin muss. Walle mit seinen Ortsteilen Utbremen, Steffensweg und Walle, die an die alten Häfenreviere angrenzen, bekommt eine neue Chance. Das geht nicht ohne Verkehr. Die Koalition tut alles, um diesen Verkehr stadtteilverträglich durch den Stadtteil und um den Stadtteil herum zu leiten. Die neuen Arbeitsplätze, die dort entstehen, ich denke auch an die Windkraftanlagen im Holz- und Fabrikenhafen, benötigen wir alle. Das geht nicht ohne Verkehr. Wenn sich Möglichkeiten zeigen, das optimal zu gestalten, sollten wir nach diesen Chancen suchen und diese Chancen ergreifen. Im Moment macht diese Koalition gemeinsam mit dem Senat alles, was machbar ist.

Meine Damen und Herren, heute Abend wird der Beirat Walle eine nichtöffentliche Sitzung mit den Vertretern der Überseestadt haben. Dort werden 33 Fragen gestellt werden, 15 davon allein auf den Straßenzug Überseetor/Waller Ring bezogen. Wir alle wissen, dass Waller Ring und Überseetor wegen der Finanzierung unabdingbar zusammenhängen. Ohne Überseetor wird es keine Reduzierung am Waller Ring geben. Ich glaube, hier können die Interessen weniger Betroffener nicht die

Interessen des ganzen Stadtteils überlagern. Ich glaube, der Beirat wird es auch schaffen, dort eine vernünftige Lösung mitzugestalten, gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen und mit dem Senat. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen¹⁾): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Oppermann, Herr Kollege Engelmann, diesmal fehlen zwei andere Kollegen, Ihre Alles-soll-schöner-werden-Reden überzeugen mich immer noch nicht. Vor vier Monaten haben wir ja eine ähnliche Debatte hier schon einmal geführt. Ich kann Ihnen nur sagen, stadtteilverträgliche Begleitmaßnahmen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich diese Maßnahmen eben nur quasi zwangsläufig aus einer stadtteilunverträglichen Standortentscheidung ergeben müssen.

Der Großmarkt kommt, das ist nicht mehr zu leugnen, und mit ihm kommen Lkw-Verkehre, die die Menschen vor ihrer Haustür zu Recht nicht haben wollen, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen, gerade weil der Lkw-Verkehr weiter anwächst, wir alle kennen die Prognosen, muss, das ist meine feste Überzeugung, eine Stadt alles tun, um gerade diese Schwerlastverkehre aus der Stadt herauszuhalten, aus Wohngebieten herauszuhalten, aber Sie tun eben mit dieser Standortentscheidung Großmarkt in die Hafenviertel gerade das Gegenteil. Sie ziehen neue Verkehre in Wohnviertel hinein, und deswegen sind der Protest und die Sorgen der Menschen vor Ort verständlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt aber einen weiteren zentralen Punkt, es sind nicht nur die Sorgen der Menschen. Nicht ohne Grund gibt es immer noch Bürger, die vor Gericht klagen, weil sie Sorgen haben wegen der Abgase und des Lärms, den sie zu erwarten haben. Die finanziellen Folgen sind es, auf die ich heute die Aufmerksamkeit lenken will.

Durch Ihre verkehrte Standortentscheidung wird es teuer für Bremen und den Bremer Steuerzahler, und es wird auch teuer für die Menschen, die mit den Folgen dieser Verkehrsinfrastruktur leben müssen. Ich habe schon im November gesagt, dass ich Ihre Maßnahmen zur Entlastung der Waller Bürgerinnen und Bürger nicht als großzügiges

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Geschenk von Ihnen betrachte, sondern ich halte sie für eine Selbstverständlichkeit. So zuckersüß, wie Sie das hier gerade geschildert haben, wird die Wirklichkeit nicht werden.

Meine Damen und Herren, nehmen wir einmal das Viertel Waller Wied! Diesem Viertel wird eine Entwicklungsmöglichkeit als Wohnviertel genommen. Es wird zukünftig, statt dass es sich in Richtung Wasser, zum Fluss öffnet, zwischen Riegelbauten und Lärmschutzwänden eingemauert sein. Das ist keine charmante Lösung für ein altes gewachsenes Quartier in Flussnähe, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nehmen wir die Schule an der Nordstraße! Es ist keine Lebensqualität, wenn Schulkinder die ersten vier Lebensjahre hinter Lärmschutzfenstern und Lärmschutzmauern verbringen müssen, meine Damen und Herren. Gerade für Grundschulkindern habe ich ein anderes Verständnis von Lebensqualität, auch auf dem Schulhof und in den Klassenzimmern.

Der Waller Ring, da könnte man jetzt denken, die Bewohner des Waller Rings haben wirklich etwas davon. Ihre Straße soll zurückgebaut werden, eine vierreihige Allee soll entstehen, sie soll aus dem Lkw-Führungsnetz herausgenommen werden, und gegebenenfalls soll ein Nachfahrverbot verhängt werden. Da fängt jetzt der Haken der Geschichte an. Die Kollegen Engelmann und Oppermann haben darauf hingewiesen.

Der Senat sagt ganz deutlich in seiner Mitteilung, Voraussetzung sei jedoch eine wesentliche Leistungssteigerung des Autobahnzubringers Freihafen. Ein Fly-over ist geplant. Wer soll ihn bezahlen? Bezahlen soll ihn der Bundesverkehrsminister. Da diese Beteiligung des Bundes erst langfristig zu erreichen sein wird, so teilt uns der Senat mit, werden zwischenzeitlich Überlegungen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Utbremer Kreisels angestellt.

Meine Damen und Herren, Gutachten werden in Auftrag gegeben. Es soll viele neue Siemens-Ampeln geben, und eine vierarmige Kreuzung soll gebaut werden. Wer soll es bezahlen? Teilweise soll es der Bundesverkehrsminister bezahlen, und ein anderer Teil soll aus dem Sofortprogramm Innenstadt finanziert werden. Da kann man sich auch fragen, ob das die Zielplanung für ein Innenstadtprogramm ist!

Sie wissen so gut wie ich, der Bundesverkehrsminister hat keine Druckmaschine für Geld für Verkehrsinfrastrukturprojekte allerorten. Sie sind doch

nicht die Einzigen, die bei ihm Schlange stehen für jede neue Verkehrsmaßnahme. Sie stehen ganz hinten an! Wir haben andere wichtige Verkehrsprojekte, die auch der Bundesverkehrsminister zahlen soll. Das heißt also, Sie schaffen mit einer falschen Standortentscheidung eine riesige Verkehrsinfrastruktur, die wahnsinnige Geldsummen verschlingt, und das alles soll vom Bund bezahlt werden, oder aber es bleibt an Bremen hängen, und Sie wissen genauso gut wie ich, dass all diese leistungssteigernden Maßnahmen überhaupt nicht finanziert sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt für mich aber unter dem Strich, dass die Bürgerinnen und Bürger im Waller Ring letztendlich vielleicht doch im Regen stehen. Die haben vielleicht ein paar schöne Bäume mehr und eine etwas schmalere Straße, wenn aber die Finanzierung all dieser großartigen leistungssteigernden Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen überhaupt noch nicht sicher und nicht klar ist, woher das Geld kommen soll, aber erst dann diese Straße aus dem Lkw-Führungsnetz genommen werden kann, dann können diese armen Bürgerinnen und Bürger in Walle möglicherweise noch Ewigkeiten warten, bis das einmal Wirklichkeit werden soll. Das heißt, meine Damen und Herren, diese Planungen sind ein ungedeckter Scheck und für die Waller Bürgerinnen und Bürger bei weitem keine Beruhigung.

Als Fazit kann ich nur sagen, eine falsche Standortentscheidung zieht nicht nur immense Kosten für den Bau der Verkehrsinfrastruktur nach sich, sondern auch noch für die Maßnahmen, um die Menschen vor den Folgen eben dieser Verkehrsinfrastruktur zu schützen. Dies, meine Damen und Herren, halten wir sowohl finanzpolitisch als auch verkehrspolitisch und städtebaupolitisch für den falschen Weg. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, es war ja zu erwarten, dass Sie die Standortentscheidung zum Frischezentrum Nord hier noch einmal kritisieren würden.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe ganz wenig zum Großmarkt gesagt!)

Wenn Sie sich dort umschauchen, sehen Sie das Frischezentrum wachsen. Das muss man irgendwann auch einmal akzeptieren, und neue Zufahr-

ten hätte das alte Hafenrevier auch bei jeder anderen Nutzung benötigt. Bei jeder anderen Nutzung! Dass sich der Verkehr auf den Großmarkt und andere Nutzer verteilen wird, ist Ihnen sicher auch klar. Sie sind ja viel mehr Fachfrau als ich, was Bauthemen angeht. Da will ich mich auch gar nicht mit Ihnen streiten.

Wissen Sie, wenn Menschen am Wochenende in Walle durch den Hafen gehen und dort die Baustellen sehen, kommt Hoffnung auf, dass die Zukunft in Walle eine bessere sein wird, als es im Moment scheint oder noch vor vielen Jahren den Anschein hatte! Sehen Sie sich doch einmal um: Speicher XI, die Windkraftanlagen, Bachmann renoviert einen Speicher nach dem anderen! Das Zollgelände, die Straße ist fertig, das Zollgebäude kann weg, ebenso die vielen Kurven und Schleifen, die dort mehr einer Rennstrecke dienen als einer Zufahrt zum Hafen. Das Gelände steht jetzt relativ schnell zur Verfügung, weil wir es durch das Hansator nicht mehr brauchen.

Das Waller Wied, Frau Krusche, bei aller Liebe, war nie zum Wasser geöffnet!

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Hätte man aber machen können!)

Das Waller Wied war immer ein Arbeiterquartier von Menschen, die mit und von dem Hafen gelebt haben, die sich daran gewöhnt hatten, dass nachts in diesem Eisenbahnhafen rangiert werden musste. Mir ist noch keine Forderung der Menschen vom Waller Wied bekannt, dass die eine Öffnung zur Weser wollen. Es ist unverständlich, dass Sie hier so etwas sagen. Die Menschen haben mit und von dem Hafen gelebt.

Die Menschen am Waller Ring werden vielleicht nicht so ganz ihre Freude haben, wenn der Waller Ring schmaler ist, weil es ja auch eine wunderschöne Ausbauplanung gibt. Ich habe das vor vier Monaten gesagt. Da werden noch viele von den illegalen Parkplätzen wegfallen müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir heute eine neue Allee pflanzen, ohne diese wirksam gegen illegales Parken zu schützen. Da steckt aber der Teufel im Detail, und die Bürgerinitiative hat an diesem Ausbauplan mitgearbeitet.

Zur Schule Nordstraße habe ich meine persönliche Meinung gesagt. Die habe ich auch unseren Bildungsdeputierten in der CDU-Fraktion in der Vergangenheit gesagt, daran haben wir alle viel zu wenig gedacht. Da muss man eben aus dem, was dort ist, das Beste machen, damit die Kinder optimal Platz haben. Ich hatte ja auch letztes Mal den Vorschlag gemacht, wenn man über den Spielplatz Columbusstraße eine Zuwegung bekä-

me, dann bräuchten sie nicht mehr am verkehrsreichen Waller Ring und an der Nordstraße entlangzulaufen, jedenfalls viele nicht, die aus dem Bereich Steffensweg kommen.

Worum es mir in diesem Zusammenhang Leid tut: Ich habe gelesen - die Waller Welle fängt jetzt gerade wieder an zu blühen -, dass die irgendwann wegkommen soll. Diese Waller Welle ist nämlich beinahe ein Wahrzeichen von Walle geworden. Da müsste man sich dann, wenn sie eingeebnet wird, noch einmal Gedanken darüber machen, ob man dort zu einer anderen Lösung kommen könnte oder zumindest in dem Bereich Waller Wied diese Waller Welle als Lärmschutz zur Nordstraße erhalten kann. - Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt ein bisschen schwer, wenn man die Debatte immer wieder von vorn anfängt. Wir haben ähnlich wie heute schon im November diskutiert. Im November haben wir bestimmte Fragestellungen, die Sie, Frau Krusche, angesprochen haben, auch schon beantwortet.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben das doch nicht beantragt hier!)

Herr Mützelburg, aber trotzdem werden Sie mir doch zugestehen, dass ich mich mit den Wortbeiträgen der Abgeordneten Frau Krusche auseinandersetze, weil ich ihr aufmerksam zugehört habe!

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch, denke ich, allgemein Usus in diesem Hause, und so sollten wir auch miteinander verfahren.

Was mich ein bisschen, Frau Krusche, unschlüssig macht, wie ich es eigentlich verstehen soll: Ich kann ja nachvollziehen, dass jemand am Anfang gesagt hat, hier haben wir eine Standortentscheidung, die billige ich nicht, die trage ich nicht mit. Dass man aber dann all das, was am Ende an positiven Entwicklungen läuft und an positiven Maßnahmen ergriffen wird, schlicht schlecht redet, das kann ich nun nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gesagt, stadtteilverträgliche Maßnahmen sind schlicht eine Selbstverständlichkeit und kein Geschenk. Niemand in diesem Hause hat be-

hauptet, dass das als Gnade und Geschenk verabreicht worden ist, sondern ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, dass ich hier beim letzten Mal auch schon ausgeführt habe, dass die Vorschläge, die von uns gemeinsam mit Wirtschaft, weil ja auch dort finanziert wird, entwickelt worden sind, in einem Diskurs mit den Berätern und den Initiativen vorangebracht worden sind!

Hier ist eine Diskussion mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort geführt worden, die am Ende zu diesem Vorschlag führte, den wir im Sommer letzten Jahres gemacht haben und zu dem jetzt die Anfrage war, wie sich das denn im Einzelnen darstellen wird. Hier haben wir mit den Initiativen und den Beiratsvertreterinnen und -vertretern vor Ort diskutiert, wie man eine Entwicklung in den Hafenvierteln mit einem Zusammengehen dieser gewachsenen Stadtteile verbinden kann. Darum ist es uns immer gegangen.

Es ist doch auch nichts Neues bei der Straße zum Überseetor. Hier geht es doch nicht darum, Lkw-Verkehre wegen des Großmarkts oder des Frischezentrums durchzuschleusen, sondern darum, Barrieren abzubauen und genau das zu schaffen, was Sie gesagt haben, nämlich lebendige Entwicklungen im Übergang zwischen alten und neuen Entwicklungen zu schaffen. Das war der Hintergrund für diese Straße, die dann auch bis zur Weser gehen sollte.

Sie haben das Waller Wied angesprochen, Herr Oppermann ist eben darauf eingegangen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass Sie sagen, an dieser Stelle sollte eine Erweiterung an die Weser möglich sein, weil das, was im Augenblick dort an Gewerbe ist, überhaupt nicht wegzudenken ist. Wie soll dort eine Entwicklung zur Weser hin passieren?

Wir möchten diesem Quartier, das jetzt darunter leidet, dass es sich seit vielen Jahrzehnten mit dieser Situation auseinandersetzt, unter heutigen Betrachtungen und Standards möglichst Erleichterungen verschaffen. Dafür sind Vorschläge gemacht worden. Ich kann nicht verstehen, warum Sie diese schlecht reden, auch wenn ich die Initiative - das ist das Recht von Initiativen - verstehen kann, dass sie nach wie vor sagt, wir hätten gern noch mehr als das, was ihr uns vorschlagt!

Jetzt noch einmal zum Thema Utbremer Kreisel, das Sie hier angesprochen haben! Es ist richtig, wir haben uns verständigt zu sagen, wie das im Übrigen alle Minister der Länder machen, wir haben eine Perspektive, die sagt, wir wollen den Fly-over ausgebaut haben, um Verkehre günstiger abwickeln zu können, nicht nur in diese Richtung,

sondern auch darüber hinaus. Das ist die eine Seite.

Wir haben auf der anderen Seite gesagt, weil das so ist, dass die Finanzierung nicht auf Abruf bereitsteht, müssen wir aber doch heute die Planung so entwickeln, dass, wenn wieder einmal ganz kurzfristig ein Sonderprogramm des Bundes oder so etwas kommt, wir ganz schnell sagen können, wir sind planungsmäßig vorbereitet, bitte, Bund, jetzt wollen wir sofort diese Maßnahme haben! Wir rüsten uns also dafür, diese grundsätzliche konzeptionelle Frage voranzubringen.

Gleichzeitig haben wir gesagt, und ich weiß nicht, warum Sie uns dafür tadeln, damit aber genau das passieren kann, dass der Waller Ring vom Lkw-Schwerverkehr befreit wird, wollen wir für eine kurzfristige Lösung sorgen, wie man den Utbremer Kreisel effektiver gestalten kann, ob durch Lichtzeichenanlagen oder wie auch immer. Dies ist sozusagen eine Parallellität, die, wie ich finde, höchst intelligent ist. Man macht das, um den Bewohnerinnen und Bewohnern am Waller Ring sagen zu können, wenn wir das haben, können wir euch aus dem Lkw-Schwerverkehrsnetz herausnehmen.

Wenn Sie hier jetzt sozusagen Misstrauen säen und sagen, vielleicht kommt es ja gar nicht oder so etwas: Das war unsere Zielsetzung, zweigleisig zu fahren, auf der einen Seite den Fly-over planerisch vorzubereiten, auf der anderen Seite zu sagen, damit man möglichst schnell vorankommt, lasst uns doch die Kreiselsituation dort umgestalten! Möglicherweise geht es über Ampelsteuerung, möglicherweise muss man aber an Dinge denken, wie sie in Bremen-Nord existieren. Das dient gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern dazu, das, was sie seit Jahren beklagen, nämlich den immensen Verkehr durch den Waller Ring, herauszunehmen.

Tun Sie doch nicht so, als seien die Maßnahmen, wie wir den Waller Ring zurückbauen wollen, nicht auch ein Mittel, bestimmte Verkehre aus diesem Bereich herauszunehmen, weil es für Schwerlastverkehre in einer so eingegengten Straße ungleich weniger attraktiv ist, sich durchzumogeln, als wenn man ihnen andere Angebote macht!

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, Sie bemühen sich redlich, etwas schlecht zu reden, von dem ich glaube, dass es, weil es auf die Anregungen und Wünsche der Menschen vor Ort, der Beiratsvertreterinnen und Beiratsvertreter und auch der Initiativen eingegangen ist, ein Programm ist, das hilft, stadtteil-

verträglich Verkehr dort abzuwickeln und Lärm-schutzmaßnahmen zu treffen.

Im Übrigen, Sie haben gefragt, Herr Oppermann, es handelt sich dabei immer um Zuschüsse. So haben wir es ja auch formuliert. Die Quotierung kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen, aber das war von Anfang an klar, weil es hier ja um ein Pilotprojekt geht. Sie wissen auch, dass es nicht vorgeschrieben ist, also auch hier der gute Wille, um da etwas zu tun, um die Menschen zu entlas-ten.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Ist gut, dass Sie es einmal sagen!)

Ich möchte aber doch noch einmal sagen, wir er-leben bereits jetzt eine positive Entwicklung! Sie haben es angesprochen, dass sich ganz entgegen Ihren Befürchtungen etwas in diesem Quartier um das neue Frischezentrum bewegt. Da tut sich doch etwas. Da entwickelt sich doch etwas, das muss man auch zur Kenntnis nehmen, was im Speicherbereich passiert, es ist alles angespro-chen worden, da ist ja richtig Interesse!

Darauf setzen wir, dass es dort eine solche Ent-wicklung gibt, die eben auch andere Formen mög-lich macht, nämlich Dienstleistungen, solche An-gebote, die da sind, wie wir es auch in dem Kon-zept beschrieben haben, also darauf setzen, dass es eine zukunftsgerichtete Entwicklung ist, die möglicherweise auch irgendwann diese flexible Halle des Frischezentrums mit Perspektiven einer Zukunft durchaus auch in fernerer Zeiten ver-sehen kann. Dafür passiert im Augenblick, finde ich, eine Menge in diesem Umfeld, was uns hoff-nungsfroh stimmen kann, dass der Ansatz, den wir gehabt haben, gut und richtig war.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und glaube, dass wir mit der Antwort, die wir Ihnen als Senat gegeben haben, genau dem Anliegen, das hier formuliert worden ist, ausreichend Rechnung getragen haben. - Vie-len Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksachen-Nummer 15/540 S, Kenntnis.

Vorhaben- und Erschließungsplan 16 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung von drei Wohngebäuden mit insgesamt 22 Wohnungen an der Friedrich-Stamper-Straße/Heinrich-Schulz-Straße in Bremen, Neue Vahr

Mitteilung des Senats vom 26. Februar 2002 (Drucksache 15/541 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 16 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) beschließen möchte, den bitte ich um das Hand-zeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Mittel aus betriebswirtschaftlichem Umbau-fonds für den Kulturbereich in den Haushalt des Senators für Inneres, Kultur und Sport ver-lagern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. März 2002 (Drucksache 15/543 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Böse, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Motschmann und Staatsrat Dr. vom Bruch.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir ha-ben beantragt, dass die Mittel aus dem betriebs-wirtschaftlichen Umbaufonds, ich erläutere das gleich noch, der für den Kulturbereich vorgesehen ist, in den Haushalt und damit in den Eckwert des Senators für Inneres, Kultur und Sport verlagert wird.

Ich komme noch einmal kurz auf die Haushaltsbe-ratungen vom Winter letzten Jahres zurück. Die große Koalition hatte damals den Versuch ge-macht, endlich die verfahrenere und konfliktuöse Si-tuation mit den Kultureinrichtungen zu verbessern.

Es sollte, und auch das ist nicht verkehrt und auch durchaus verständlich, ein besserer Einstieg im Verhältnis zur Kulturszene und den Kultureinrichtungen für den neuen Kultursenator Herrn Dr. Böse werden.

Verkauft wurde uns, nach den langen Jahren der immer gleichen Auseinandersetzungen, und alle, die sich in diesem Politikbereich tummeln, bis hin zu den Haushältern - nicht wahr, Herr Dr. Schrörs? - kennen ja die immer gleichen Kämpfe, die wir da in den letzten Jahren ausgefochten haben, es sollte nun endlich ein Neuanfang gemacht werden in der Wertschätzung der kulturellen Arbeit der Einrichtungen und auch der dementsprechenden Absicherung, die das ja dokumentieren soll, im Kulturhaushalt, im Kulturetat. Diese Ziele sind richtig und löblich, wir teilen sie. An dieser Absicht, nach den langen Jahren der Auseinandersetzung so etwas zu erreichen, gibt es keine Kritik.

Sie erinnern sich, in den letzten Wochen und Monaten gab es bis weit in die Presse und in die Kulturszene hinein, bis hin zu der Kulturinitiative Anstoß und auch bis zum Kulturrat, viel Anerkennung und Lob für diesen neuen Kurs, sowohl was die Regierungsfractionen angeht als auch, was den Senat angeht. Nur, das Problem, um das es heute geht und um das auch in den letzten Wochen vor allem hinter den Kulissen sehr gefochten wurde, ist, dass die tatsächlichen haushaltspolitischen Entscheidungen, die Sie getroffen haben, nicht das hergeben, was Sie politisch für sich in Anspruch genommen haben, nämlich so etwas wie einen Neuanfang im Verhältnis zu der Kulturszene.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben Ihnen das während der Haushaltsberatungen schon prophezeit, und ich will Ihnen auch noch einmal kurz die Zahlen nennen, damit wir hier gemeinsam wissen, worüber wir reden. Es ist so, dass Mittel für dieses Jahr de facto fehlen, das ist eine Lücke von 2,5 Millionen Euro, und für das nächste Jahr sind es schon vier Millionen Euro. Das ist relativ viel Geld, und selbst dann, wenn man dies jetzt ins Verhältnis zum so genannten Umbautopf setzt, fünf Millionen Euro für die beiden Jahre, sieht man, dass immer noch eine Lücke bleibt. Das heißt also, mit den tatsächlichen haushaltspolitischen Entscheidungen, die Sie getroffen haben, konterkarieren Sie das, was Sie als politischen Aufbruch in der Stadt und in die Kulturszene hinein verkauft haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es war aus unserer Sicht nur eine Frage der Zeit, bis die ersten Kultureinrichtungen anfangen würden zu stöhnen und zu ächzen angesichts des Haushalts, der de facto beschlossen worden ist. Dann war auch klar, dass damit die so gute Presse, über die Sie sich ja sehr gefreut haben,

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Und Sie sich sehr geärgert haben!)

nicht mehr so gut sein würde und es wieder zu erneuter Kritik kommen würde.

Das Focke-Museum schlug als erstes Alarm und ging an die Presse, ich sage Ihnen auch ganz deutlich, aus meiner Sicht zu Recht, und jetzt kommen wir zu dem Modell dieses Umbautopfes, wenn man den Einrichtungen den Etat kürzt, und das tun Sie, und sie gleichzeitig auf Kredite und so genannte Anreizmittel vertröstet, die sie aus diesem Kreditopf bekommen mit der Maßgabe, diese Mittel wieder zurückzuzahlen! Das war sozusagen das erste Modell, das ventiliert wurde. Der Etat geht herunter, die Einrichtungen bekommen so genannte Umbaumittel auf Kredit finanziert, und weil sie auch so erfolgreich sein werden und Mehreinnahmen erzielen, können die Einrichtungen in den nächsten Jahren dieses Geld zurückzahlen.

Ich glaube, dass dieses Modell nicht aufgehen kann. Wir haben es hier mit einem richtigen Zielkonflikt zu tun. Ich teile den Anspruch, die Kultureinrichtungen umzubauen, mehr Besucher zu generieren, Mehreinnahmen zu machen, Kostenleistungs-Rechnung einzuführen. Wie gesagt, es geht mir in keiner Weise darum, gegen Umbau-notwendigkeiten zu polemisieren, die sind gegeben. Auf welcher Grundlage macht aber ein solcher Umbau eigentlich nur Sinn? Nur wenn man die Einrichtungen in die Lage versetzt, von einem gesicherten Status quo aus diesen Umbau zu betreiben, und sie nicht vorher schon kaputtmacht! Genau das haben Sie aber getan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt hat es hinter den Kulissen einen enormen Kampf gegeben, auch über die so genannten Kriterien dieses Umbautopfes. Wir werden gleich noch einmal hören, nachdem Sie sich nun wochenlang gestritten haben, was der Senat in seiner Weisheit heute beschlossen hat. Was man aber feststellen konnte, ist, dass in den letzten Tagen, und da haben das dann auch die Letzten gemerkt, es war ja nicht nur das Focke-Museum oder dann auch durch den Rücktritt des Vorsitzenden des Freundesvereins, Herrn Zeifang, noch einmal an die Öffentlichkeit transportiert worden,

dass man dieses Modell nicht goutiert, sondern bei der letzten Sitzung der Eigenbetriebsausschüsse Volkshochschule und Stadtbibliothek war es nicht möglich, die Wirtschaftspläne dieser Einrichtungen zu verabschieden. Der Senator musste diese Vorlage zurückziehen, weil die Einrichtungen, ihre Leiterinnen, sehr deutlich gemacht haben, dass man mit dieser Finanzausstattung, dem gekürzten Etat, nicht in der Lage ist, die grundlegende Arbeit der Einrichtungen aufrechtzuerhalten.

Das aber, meine Damen und Herren, ist wohl auch nicht in ihrem Sinne gewesen, die Kultureinrichtungen erst kaputtzumachen, um ihnen dann wieder ein Stück Kredit oben darauf zu packen. Aus unserer Sicht kann das so nicht sein. Umbau ist richtig, aber, ich sage noch einmal, nur auf der Grundlage einer gesicherten Finanzierung!

Heute Morgen nun ist die Kunsthalle an die Presse gegangen und hat genau das gleiche Problem deutlich gemacht, dass sie nämlich nichts weiter verlangt als eine Mindestfinanzierung in dem Sinne, dass sie in der Lage ist, professionell zu arbeiten. Sie verlangt nicht das, was vergleichbare Einrichtungen in anderen Städten haben, aber sie verlangt, und ich finde auch da zu Recht, dass sie so etwas hat wie Museumspädagogik, dass sie eine Pressesprecherin oder einen Pressesprecher hat. All dies ist im Moment nicht gegeben.

Jetzt zu Ihrem Modell zu hoffen, dass man in den nächsten Jahren so viel Mehreinnahmen erzielt, dass alle zusätzlichen Kosten bis hin zu den Tarifierungen von den Kultureinrichtungen werden übernommen werden können! Ich glaube, dass die Kunsthalle, und gemeinsam haben wir die Sanierung und den Umbau der Kunsthalle betrieben, ein gutes Beispiel dafür ist, dass es richtig ist, diesen Umbau zu verlangen, dass es aber nicht im gleichen Atemzug heißt, dass so viel Mehreinnahmen gemacht werden, dass daraus alle steigenden Kosten zu finanzieren sind.

Da machen Sie in der Tat einen schweren Fehler. Es geht, und darum müssen wir heute auch nicht nur über Details reden, um die Frage, welchen Stellenwert die Kulturpolitik in der großen Koalition hat und ob Sie haushaltspolitisch eine Grundlage schaffen, um die Einrichtungen in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit wirklich zu machen.

Davon sind wir weit entfernt, und ich möchte Sie noch einmal dringend auffordern, dass Sie die Beschlüsse, die Sie bisher getroffen haben, korrigieren, dass die Mittel, die Sie jetzt in diesem Umbautopf bereitstellen, wirklich in den Eckwert des Kulturressorts überführt werden. Erst dann hat man die notwendige Grundlage, im Vertrauen

mit den Kultureinrichtungen diese Umbaumaßnahmen vorzunehmen, sie aber gleichzeitig in die Lage zu versetzen, dass sie hier profunde Arbeit in der Stadt und für die Stadt machen können.

Wir haben Sie aufgefordert, auch dazu gibt es bisher keinen Beschluss, dass sich Bremen bewerben soll, im Jahr 2010 Europäische Kulturhauptstadt zu werden. Wenn man das wirklich will, und ich habe gehört, letzte Woche, von einer CDU-Veranstaltung, dass es auch weit hinein in die Reihen der CDU große Sympathien für dieses Vorhaben gibt und dass Sie offensichtlich mit mir der Meinung sind, dass es auch so etwas wie ein guter Abschluss des Sanierungszeitraums der Freien Hansestadt Bremen sein könnte, wenn man die Stadt denn im Jahr 2010 so präsentiert. Wenn man das aber ernsthaft will und diese Bewerbung betreibt, kann man jetzt nicht in den nächsten Jahren die Kultureinrichtungen kaputtsparen. Sie werden nicht im Jahr 2010 wie Phönix aus der Asche kommen können und sagen können, hier sind wir, jetzt strahlt alles, wenn Sie vorher nicht kontinuierlich und mit Nachhaltigkeit die Kultureinrichtungen gepflegt haben und ihnen auch eine Arbeit für die Menschen in der Stadt, aber auch für die Touristen, die wir ja bekommen wollen, ermöglicht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt ist angekündigt worden, Herr Dr. Böse wird das gleich noch einmal ausführen, dass der Senat heute nun offensichtlich wieder ein modifiziertes Modell beschlossen hat, nämlich dass die Kultureinrichtungen jetzt tatsächlich Kredite aus diesem Umbautopf bekommen - er ist also nicht vom Tisch, wie es vor ein paar Tagen noch hieß, sondern es gibt ihn jetzt wieder - und dass ab dem Jahr 2007 das Ressort sich verpflichtet, diese Mittel zurückzuzahlen, dass Kontrakte geschlossen werden zwischen dem Senat und den Einrichtungen. Nur, auch da frage ich Sie: Woher soll das Geld eigentlich kommen, um diese Kredite, die es jetzt kurzfristig gibt, zurückzuzahlen?

Ich prophezeie Ihnen, dass Sie diese Gelder, die Sie da einnehmen müssen, nicht in der nötigen Höhe generieren werden, und ich finde auch, es ist an der Zeit, deutlich zu machen, was man will, wie man das erreichen will, aber man sollte endlich aufhören, sich mit Taschenspielertricks hier irgendwie über die Runden zu retten und irgendetwas an Umbaumaßnahmen in die Welt zu setzen und an Finanzsummen, die man mit diesen Maßnahmen nicht erreichen kann.

Ich glaube, es wäre für die Kulturszene wesentlich besser, die Ziele zu definieren, was man erreichen will, eine wirklich angemessene Basisfinanzierung

über die Eckwerte sicherzustellen und dann auf dieser gesicherten Grundlage einen Umbau voranzutreiben. Verwechseln Sie nicht das eine mit dem anderen, sondern schaffen Sie endlich eine angemessene Grundlage für die Kultureinrichtungen! Dann wird man auch im Vertrauen zusammenarbeiten können, dann wird man eine gute Presse haben, und es wird zum Wohl unseres Bundeslandes sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die grausame Geschichte der Kulturfinanzen ist sehr lang und reicht nicht nur in den Arbeitszeitraum der großen Koalition, Sie alle wissen, die hatten wir auch schon in der Ampel. Ich erinnere mich an Zeiten, als es Senatsrunden mit Parteivertretern gab, zu denen ich damals schon gehörte, als es Krisenrunden um die Kulturfinanzen gab. Auch dort wurden Modelle erdacht, die unter den Maßstäben, die die Grünen jetzt formulieren, sicherlich nicht optimal sind und vielleicht auch nur Täuschungstricks oder Flickwirtschaft sind, wenn ich das hier einmal so offen sagen darf. Da stehen wir in einer makabren Kontinuität, das sollte man vielleicht einmal vorweg sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die große Koalition hat versucht, in den letzten Jahren an dieser Stelle grundsätzliche Probleme auch der großen Einrichtungen zu lösen, dies mit Hilfe der Fraktionen, die sich ja sehr früh festgelegt haben, im Kulturbereich einen besonderen Schwerpunkt zu setzen. Wir dürfen eines nicht vergessen, natürlich ist es richtig, dass wir uns immer auch mit den aufstrebenden Bereichen der Wirtschaftsförderung vergleichen, aber wir müssen uns auch mit anderen Bereichen vergleichen. Das ist der Bildungsbereich, das ist der Sozialbereich, das ist der Gesundheitsbereich, mit anderen konsumtiven Bereichen, die auch zu drastischen Maßnahmen unter schwierigen Bedingungen, nämlich Sanierungsbedingungen, gezwungen sind. Wir stehen in der Solidarität und in der Gesamtverantwortung für alle Bereiche.

Vor diesem Hintergrund ist das, was die große Koalition an Maßnahmen beschlossen hat, finde ich, ein erster richtiger Schritt in Richtung Profilbildung und Schwerpunktsetzung der Stadt. Ich darf

noch einmal etwas in Erinnerung rufen, fangen wir einmal mit einem Beispiel an!

Beim Kunstverein, Frau Dr. Trüpel, ist es so, dass wir erst in der Amtszeit von Frau Kahrs eine kräftige Haushaltsnachbewilligung beschlossen haben, dass uns damals die Verantwortlichen sehr früh erklärt haben, wenn wir den Etat so aufstocken, wie wir es getan haben, kommen wir ein ganzes Stück nach vorn, und wir bemühen uns jetzt auch weiter, bei diesen eklatanten Lücken zu helfen. Wenn Sie prozentual zu der ursprünglichen Subvention einmal ausrechnen, welche Akzente und Schwerpunktsetzungen wir vollzogen haben, ist das durchaus eine beachtliche Leistung. Das mag ja im Ansehen vieler nicht hinreichend sein, aber ich würde ganz gern einmal nachgewiesen bekommen, in welchem Bereich wir uns so extrem nach der Decke gestreckt haben wie in diesem.

Das kann ich sagen, das haben wir gemeinsam gemacht und ohne uns in Einzelstreitigkeiten zu verzetteln, sondern für die Sache, weil wir die dauernde Verunsicherung der Kulturszene bezogen auf Planungssicherheit, bezogen auf existenzielle Verunsicherung sehr ernst genommen haben und gesagt haben, irgendwann muss damit Schluss sein. Deshalb haben beide Fraktionsvorsitzenden vor einigen Jahren diese Linie definiert, dass wir in der Gesamtkonzeption zu einer Deckelung des Haushalts kommen müssen, dass die Einrichtungen Planungssicherheit bekommen müssen und dass es auch gesicherte Perspektiven geben muss, die über diese Planungszeiträume hinausgehen, dass die endgültige Hängepartie, die es viele Jahre gegeben hat, beendet wird.

Das mag immer noch nicht genug sein. Wenn man das mit anderen Ressorts vergleicht, glaube ich, haben wir sehr gut abgeschnitten, und wir stehen auch in einer entsprechenden Verpflichtung. Diese Verpflichtung müssen wir ernst nehmen.

Zu der Linie der Deckelung des Kulturhaushalts haben wir zehn Millionen Euro für Umbau beschlossen, und da sage ich ganz offen, und da soll man auch nichts schönreden, der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Wir haben geprüft, und das kann man ganz offen sagen, ob man auf Kultureinrichtungen die finanzwirtschaftlich rentablen Kriterien ansetzen und sie als Sondermittel gewähren kann oder ob wir eigene Strukturen brauchen.

Das hat der Senatsbeschluss jetzt vollzogen. Das werden wir machen müssen, einfach weil wir die Haushaltssystematik nicht kippen können, son-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

dern wir müssen es auf eine Beschlussgrundlage stellen, die vernünftig ist, die den Kulturbereich in die Pflicht nimmt, sich auch zu reformieren, neue Anstrengungen für Innovationen zu unternehmen und auch deutliche Schwerpunkte nachzuvollziehen. Dazu gehört unter anderem aus Sicht der Deputation - und da freuen wir uns, dass es auch einen großen Konsens unter den Fachdeputierten gibt, gerade vor dem Hintergrund des wünschenswerten Projektes „Europäische Kulturhauptstadt“ - die Profilierung der Museen und auch der freien Kulturszene.

Ich finde, es ist durchaus begrüßenswert, und das ist anders als in anderen Jahren, dass der Wett-mittelhaushalt entsperrt worden ist, dass der Wett-mittelhaushalt nicht mehr die Sparkasse für andere große Politikbereiche ist, sondern dass wir gesagt haben, die freien Künstler und die Kulturszene müssen leben können. Viele Kolleginnen und Kollegen wissen, wie existenziell das für das Leben in dieser Stadt war, wo ganz kleine Projekte von unseren Entscheidungen abhängig waren. Ich denke, dass es durchaus eine Konsolidierung ist, wenn man die Mittel im Verhältnis zu den Vorjahren verdoppelt, und dass wir damit auch sagen, wir wollen nicht nur große Einrichtungen fördern, sondern im freien Bereich auch etwas machen, weil dieser Bereich eben auch wesentliches Leben in die Stadt trägt, zur Profilbildung beiträgt und auch sehr unterschiedliche Akzente setzen kann. Jeder kennt das aus seiner ursprünglichen Lebenserfahrung.

Bei Museen, haben wir gesagt, wollen wir das Alleinstellungsmerkmal, das hier in der Stadt existiert, nutzen. Wenn man Bremen mit anderen bundesdeutschen Städten ähnlicher Größe vergleicht, haben wir eine im Stadtgebiet gut zu erreichende, fußläufige Museumslandschaft mit unterschiedlichen Profilen, die professionell geführt sind und qualitativ eine sehr hochwertige Arbeit machen. Nun kann man sagen, man müsste das alles finanziell noch anders ausstatten, aber wenn Sie sich die Förderliste, die ja demnächst alle Ausschüsse erreichen wird, ansehen, werden Sie sehen, dass wir da deutliche Akzente setzen, dass wir sagen, wir müssen Schwerpunkte bilden auch zum Wohle der Stadt, weil wir eine Profilierung mit Blick auf das Projekt „Europäische Kulturhauptstadt“ forcieren wollen. Das bedeutet auch, dass wir sagen müssen, was Bremen eigentlich auszeichnet, wo wir wettbewerbsfähig und wo wir nicht wettbewerbsfähig sind.

Gleichzeitig ist es gelungen, eine enorme Geldsumme zusätzlich an Reformmitteln für das Philharmonische Staatsorchester aufzubringen. Es gibt dort eine neue Struktur. Die Deputation bekommt am Freitag eine Vorlage, in der die Grund-

sätze dieses GmbH-Vertrages entwickelt werden. Wir werden das Philharmonische Staatsorchester in eine andere Rechtsform überführen und dann ein neues Modell Public private partnership auf den Weg zu bringen versuchen, das bundesweit wegweisend ist.

Das sind alles Maßnahmen, die ja nicht zur Attraktivitätsverschlechterung führen und die man auch nicht wirklich strukturelle Einbrüche oder Kahl-schlag in der Kulturszene nennen kann. Ganz sicher ist, Kulturpolitiker würden sich immer wünschen, dass man für ihren Bereich noch unendlich viel mehr macht. Ganz sicher ist aber auch, dass andere Fachpolitiker das gleiche Recht für sich in Anspruch zu nehmen haben und wir an dieser Stelle einen gerechten Ausgleich finden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Eine andere Sache! Wir haben diese dramatische Problematik des Einbruchs von ABM-Stellen in den Häusern diskutiert. Wir können die Botschaft mitnehmen, dass wir in dem Bereich Museen Entwarnung geben können, dass es weiterhin gelungen ist, für diesen ganzen Bereich Stellen sicherzustellen.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Haben wir heute beschlossen! Loben Sie uns einmal!)

Da bekommen alle Zuständigen, die es jetzt auch beschlossen haben, also ein bahnbrechendes Lob! Wir freuen uns, und wir stehen natürlich bei allen in tiefster Schuld.

(Beifall bei der SPD)

Wir tun es nur nicht, denn es ist sinnvoll für die Einrichtungen, weil wir daran interessiert sein müssen, die Öffnungszeiten so attraktiv zu gestalten, dass auch Bürgerinnen und Bürger und interessierte Menschen von außerhalb der Region die Angebote wahrnehmen können.

Wir haben eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht. Wir haben die Kammerphilharmonie konsolidiert. Wir haben das Musikfest besser ausgestattet. Wir haben Profilbildung an vielen Ecken vorgenommen. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, dass es dramatische Ecken gibt. Ich glaube, dass sich die Grünen keinen Gefallen tun, den Kulturbereich zu verunsichern.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Verhandlungen hinter der Wand, das darf man offen sagen, waren schwierig und kompliziert.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können alle zusammen singen, das habe ich schon einmal gesagt, aber es kommt auch immer wieder Textbaustein A, der mich nun an dieser Stelle nicht besonders rührt, wenn ich das einmal ganz offen sagen darf.

Wir haben, denke ich, eine Menge erreicht. Das bedeutet nicht, dass wir alles erreicht haben. Das wäre auch ein Wunder, denn wir haben im Kulturbereich, das darf man auch nicht vergessen, eine Reihe von Großbaustellen. Die Strukturreform Orchester muss in vielen Facetten bearbeitet werden und ist ein sensibler Prozess. Wir müssen uns ansehen, wie das Zukunftskonzept Stadtbibliothek wegweisend realisiert werden kann. Wir müssen sehen, wie die Volkshochschule zukünftig arbeitet, welche Synergieeffekte wir schaffen können. Das sind alles keine Kleinigkeiten vor dem Hintergrund, dass auch die Kulturpolitik einen Beitrag zur Sanierungspolitik leisten muss und auch alle anderen das von uns erwarten können.

Insgesamt, denke ich, kann man sagen, dass wir hier sehr einig und gemeinsam einen Schwerpunkt vollzogen haben. Insgesamt kann man sagen, es sind viele Aufgaben zufriedenstellend gelöst worden, noch nicht alle, aber wir arbeiten daran!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja immer wieder ein großes Vergnügen, wenn man als Kulturbanane über Kulturpolitik sprechen darf. Ich möchte aber an dieser Stelle doch auf den einen oder anderen Punkt aus den Debatten eingehen, die hier auch geführt worden sind.

Frau Dr. Trüpel hat es herausgearbeitet, die Haushaltsberatungen insgesamt und die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen sind ein großer Erfolg gewesen. Die Kulturinitiative Anstoß erklärte in ihrer Pressemitteilung vom 15. November 2001: „Die Kulturinitiative Anstoß und der Kulturrat begrüßen die von den Koalitionsfraktionen gefassten Beschlüsse zum Kulturhaushalt. Die Kulturszene sieht darin eine Anerkennung ihres Beitrags zur Lebensqualität der Stadt und ihrer Bürger. Dies ist auch ein Ergebnis einer langen öffentlichen Diskussion über den Stellenwert von Kultur in unserer Stadt und im Sanierungsprozess.“

Liebe Frau Dr. Trüpel, und da können Sie hier ja sagen, was Sie wollen, dass diese Erklärung und

dieses Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zum Thema Haushalt der Opposition nicht gepasst haben, weil Ihnen ein Thema weggebrochen ist, ist doch ganz klar.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben dafür gesorgt, dass es wieder da ist, Herr Eckhoff! Jetzt ist es wieder da!)

Ich finde es deshalb falsch, wenn Sie heute Krokodilstränen weinen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Wie sieht es denn aus? Darauf komme ich gleich, liebe Frau Linnert! Sie versuchen doch folgendes: Ihnen ist ein Thema weggebrochen. In der Stadt - -.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist es wieder da!)

Nein, nein! In der Stadt ist dieses Thema beruhigt. Die Kulturszene ist insgesamt positiv angetan von der Arbeit der Koalitionsfraktionen, von der Arbeit des Kultursenators. Nun versuchen Sie hier wieder ein Thema aufzudrehen, was Ihnen aber nicht gelingen wird. Ich will Ihnen auch genau sagen, warum! Obwohl die Grünen ein halbes Jahr in der Stadt etwas anderes propagiert haben, ist es uns gelungen, den Eckwert von 133,8 Millionen DM in den Haushaltsberatungen abzusichern.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Dies waren immerhin Beschlüsse von gut sieben Millionen DM im Vergleich zu den Beschlüssen, die der Senat in seinen Eckwerten gefällt hat. Nicht nur, dass dieses Ergebnis, das Sie uns gar nicht zugetraut haben, erreicht wurde, sondern es wurde zusätzlich dieser besagte Umbautopf von zehn Millionen DM bewilligt. Dazu kommen zum Beispiel noch weitere Mittel in der Größenordnung von zehn Millionen DM des Kultur-WAP im Bereich des Senators für Wirtschaft.

Liebe Frau Dr. Trüpel, insgesamt stehen der Kultur Mittel von 150 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung. Dies ist aus Sicht der Kulturpolitiker vielleicht noch zu wenig, aber im Verhältnis zu den Zeiten, in denen die Grünen in Bremen mitregiert haben von 1991 bis 1995, als wir eine Größenordnung von 115 bis 125 Millionen DM pro Jahr für die Kultur zur Verfügung hatten, ist dies eine deutliche Steigerung. Deshalb spreche ich Ihnen einfach ab, hier immer wieder die Koalitionsfrakti-

onen in diesem Punkt zu kritisieren, liebe Frau Dr. Trüpel!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das mache ich aber trotzdem!)

Ich finde, man muss dies an dieser Stelle auch noch einmal sagen, es gibt genau zwei Bereiche, die seit 1995 insgesamt zusätzliche Mittel zur Verfügung haben im Vergleich zu den konsumtiven Haushalten des Jahres 1995, das war ja der letzte Haushalt, der von der Ampelkoalition aufgestellt worden ist. Der erste Bereich ist Sport, und der zweite Bereich ist Kultur, und dies in einem Sanierungsland. Diese Schwerpunkte zu setzen, liebe Frau Dr. Trüpel, liebe Frau Linnert, das ist doch ein großartiges Ergebnis der Arbeit der großen Koalition!

(Beifall bei der CDU)

Uns ist aber nicht nur dies gelungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Insbesondere durch das kräftige Anpacken des neuen Kultursektors Dr. Böse sind in den letzten Monaten Projekte auf den Weg gebracht worden. Frau Emigolz hat dies gerade angedeutet. Es ist uns zum Beispiel gelungen, trotz schwieriger Haushaltszeiten die Deutsche Kammerphilharmonie finanziell so abzusichern, dass sie nicht nur in der Bundesliga mitspielen kann, sondern sogar in der Champions League! Plus eine Million! Den Zuschuss pro Jahr von 1,8 Millionen auf 2,8 Millionen erhöht, das ist doch ein großartiges Ergebnis, liebe Frau Dr. Trüpel!

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine ähnliche Vorlage zum Philharmonischen Staatsorchester. Wie lange haben wir darüber gesprochen? Wie häufig war das hier Gegenstand von Fragen der Grünen in der Bürgerschaft? Wie lange haben wir debattiert über den Abbau von Stellen im Bereich des Philharmonischen Staatsorchesters? Jetzt haben wir es dank des intensiven Einsatzes auch des neuen Kultursektors geschafft, dass es eine neue Rechtsform geben wird, dass sich an dieser Rechtsform Menschen beteiligen, dass es uns endlich gelungen ist, diese Stellen wieder auf ein vernünftiges Maß anzuheben, und dass es gelungen ist, einen hervorragenden neuen GMD hier nach Bremen zu holen. Das ist doch eine tolle Leistung, liebe Damen und Herren von der Opposition!

(Beifall bei der CDU - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Nein, Frau Linnert, dies hat alles etwas mit dem Thema des Stellenwerts der Kultur in dieser Stadt zu tun, nur, Sie mögen es leider nicht hören, liebe Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte das Thema Bremer Theater nicht erwähnen, die Entwicklung dort ist in letzter Zeit entsprechend positiv erwähnt worden. Ich möchte auch eingehen auf die Frage Kulturhauptstadt.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Nachdem nun diese Aufräumarbeiten an der einen oder anderen Stelle gemacht worden sind, haben wir auch eine vernünftige Grundlage, um dieses Thema positiv voranzutreiben. Wenn man sich bewirbt, dann will man doch diese Bewerbung nach Möglichkeit auch gewinnen. Das muss doch der Anspruch von uns Bremern hier sein. Vor diesem Hintergrund finde ich es hervorragend, dass die Probleme nach und nach abgearbeitet werden und man dann mit einem vernünftigen Vorschlag kommt, wie man diese Bewerbung entsprechend vorbereiten, wie man sie organisieren möchte, damit wir uns insgesamt auch gegen die harte Konkurrenz durchsetzen. Das muss doch unser Ziel sein, aber wir sind am Ball, liebe Frau Dr. Trüpel, auch dies zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Es macht doch auch Sinn, Kultur umzubauen, die Einrichtungen umzubauen, Schwerpunkte zu setzen, diese Schwerpunkte zu fördern, wie es zum Beispiel mit den Museen passiert. Es macht auch Sinn, langfristige Kontrakte zu schließen, und es macht auch Sinn, an der einen oder anderen Stelle auch einmal Förderungen einzustellen, weil es natürlich nicht unbedingt sein muss, dass eine Einrichtung, die zu Beginn der achtziger Jahre einmal Geld beantragt hat, heutzutage noch up to date ist. Auch da kann man einmal wieder Förderungen zurückfahren. Wir müssen dies entsprechend an den Kriterien messen, wie es angenommen wird, wie die entsprechende regionalwirtschaftliche Betrachtung ist, aber auch, wie eine kulturelle Betrachtung ist.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Natürlich kann man Kultur nicht unter regionalwirtschaftlichen Betrachtungen sehen. Das war, liebe Frau Dr. Trüpel, doch auch das Problem, das wir in dieser Diskussion hatten. Wir können das ja ganz offen sagen. Es war zunächst einmal gesagt, wir wollen unter leichter Veränderung der Laufzeit-

kriterien den Fonds für betriebswirtschaftliche Maßnahmen, den es gibt, auf die Kultureinrichtungen übertragen. Da hat man dann Diskussionen geführt, unter anderem auch mit den Einrichtungen, und hat festgestellt, so eins zu eins lässt sich dieser Fonds, der zur Verfügung steht, nicht auf Kultureinrichtungen übertragen. Dann hat man - -.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon einmal eine gute Erkenntnis! - Abg. Pflugradt [CDU]: Die Grünen wissen sowieso immer alles besser!)

Liebe Frau Dr. Trüpel, Sie haben natürlich immer, das ist das Leichte der Opposition, die Gelddruckmaschine in Ihrem Fraktionskeller stehen und können sie immer anwerfen! Das ist doch verantwortungslos, was Sie hier insgesamt machen!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wissen ganz genau, dass wir eine Haushaltsalternative vorgelegt haben, Herr Eckhoff!)

Stimmt! Sie hätten das Geld aus investiven Mitteln genommen und in konsumtive gesteckt. Das ist die Politik der Grünen, sehr geehrten Damen und Herren. Unter anderem damit haben Sie Bremen an den Punkt gebracht, an dem wir uns 1995 befunden haben.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sollten die CDU-Oppositionsreden einmal nachlesen von früher! - Abg. Pflugradt [CDU]: Das sollten Sie einmal machen!)

Stimmt! Ich wollte gerade sagen, Herr Dr. Güldner, wenn Sie das einmal machen würden, dann wüssten Sie wenigstens, wie gute Opposition wäre, sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grund hat es diverse Gespräche zu diesem Thema gegeben. Heute hat der Senat, der Senator wird das gleich sicherlich noch einmal erläutern, dazu Beschlüsse gefasst. Wir begrüßen es außerordentlich, dass er dieses Thema jetzt zum Abschluss gebracht hat, denn ich bin mir sicher, dass auch unsere Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuss dieser neuen Lösung kurzfristig zustimmen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin froh, dass es uns gelungen ist, in den letzten Jahren der Kulturpolitik wirklich auch ein neues Standing in dieser Stadt zu geben. Es ist sicherlich noch ein weiter Weg, bis wir das Ziel, Kulturhauptstadt im Jahr 2010 zu werden, erreicht haben, aber die ersten Maßnahmen sind eingeleitet und umgesetzt. Wir befinden uns dort auf einem guten Wege.

Dies ist auch möglich, weil andere Ressortvertreter, auch dies muss man an dieser Stelle betonen, diesen Bereich entsprechend unterstützen. Deshalb gilt der Dank natürlich auch insbesondere den Vertretern der anderen Ressorts, die natürlich zu Recht auch ihren eigenen Bereich immer im Auge haben. Es gibt doch viele gute Gründe, warum man zum Beispiel im Bereich Bildung zusätzlich Geld ausgeben will - morgen wird uns hier wieder Pisa beschäftigen -, aber nein, auch gerade das Verständnis der anderen Ressorts ermöglicht, dass Kultur in dieser Stadt Stück für Stück besser gestellt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wenn wir das gemeinsam machen, wenn Sie, Frau Dr. Trüpel, uns da auch unterstützen und nicht immer das Haar erst in die Suppe tun und es anschließend suchen, um zu sagen, ich habe es gefunden, wenn Sie diesen Weg entsprechend einmal unterstützen würden, dann, glaube ich, könnten wir es auch auf einer breiten Basis erreichen, im Jahr 2010 Kulturhauptstadt zu werden. Ich weiß, dass das auch Ihr Wunsch ist. Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass wir heute durch die Beschlüsse des Senats und in den nächsten Tagen durch Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses wieder einen entscheidenden Schritt in diese Richtung gegangen sind. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Meine Damen und Herren, bevor ich dem Herrn Senator das Wort gebe, möchte ich auf dem Besucherrang eine Delegation aus unserer Partnerstadt Izmir in der Türkei begrüßen. Die Gäste werden begleitet von Wolfgang Schulz vom Bürgerzentrum Neue Vahr, das schon seit Jahren Begegnungen zwischen den Vahrern und dem Stadtteil Buka in Izmir fördert. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Trüpel, Sie haben ja Recht, es hat Streit gegeben. Es hat ziemlichen Streit gegeben, Streit, der, Herr Scherf würde sagen, anstrengend war. Ich glaube aber, es lohnt sich auch, für die Kultur in dieser Stadt solchen Streit zu führen, um einen richtigen Weg zu finden. Auf der einen Seite ist das der Zwiespalt in vielen von uns, aber auch in mir, in mir ganz besonders als Sachwalter des Kulturbereichs, auf der anderen Seite aber auch als Mitglied des Senats, der bestimmte Beschlüsse gefasst hat, nämlich diesen Haushalt zu konsolidieren, bis zum Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt zu haben, und der sich natürlich auch, was den Haushalt betrifft, an die Beschlüsse dieser Bürgerschaft zu halten hat. Dieser Zwiespalt ist enorm, und es lohnt sich, hier zu streiten. Es lohnt sich, einen Weg zu finden, der der Kulturlandschaft in dieser Stadt dient. Sie haben ja diesen Streit mitbekommen. Wir haben in der Kulturdeputation immer wieder darüber berichtet und auch selbst hierüber diskutiert.

Ich glaube, wir haben jetzt einen Weg gefunden, der gangbar ist, der nicht dazu führt, dass Kultur, wie Sie es beantragen, eine Erhöhung des Eckwertes bekommt, weil dies im Kollegialorgan Senat nicht zuträglich gewesen wäre. Das muss ich eingestehen. Ich hätte das ja gern gehabt, aber ich bin da nicht allein, sondern es ist eine Koalition, und es ist ein Kollegialorgan. Man muss natürlich in diesem Rahmen und in diesem Zusammenhang auch das Augenmaß wahren. Ich habe dies akzeptiert. Es gibt keine Erhöhung des Eckwertes. Es bleibt bei dem Beschluss der Bürgerschaft vom letzten Jahr, dass Kultur einen Umbautopf in Höhe von fünf Millionen Euro für die zwei Jahre erhält. Aber, meine Damen und Herren, das bekenne ich, ich habe von der ersten Sekunde an, als ich das erfahren habe, im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt, die Kriterien, die mit diesem Umbautopf verbunden sind, können von den Kultureinrichtungen nicht erbracht werden.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein ziemliches Haar in der Suppe!)

Es hat sich nach dieser langen Diskussion, nach diesen stundenlangen Beratungen mit den Einrichtungen auf allen Ebenen, auch bewahrheitet, dass dies so nicht geht. Insofern hat der Senat, ich werde den Beschluss gleich vortragen, mir auch zugestimmt, dass nicht die Einrichtungen den Kredit aus diesem Umbaufonds tragen müs-

sen, sondern dass das Kulturressort dann die Rückzahlung übernimmt.

Ich meine, meine Damen und Herren, obwohl das eine gewisse Hypothek ist, das sehe ich auch, wenn man sagt, ab dem Jahr 2007 ist das aus dem Kulturhaushalt zurückzuzahlen, dass die Umbaumaßnahmen, von deren Richtigkeit, Frau Dr. Trüpel, auch Sie überzeugt sind, wie Sie gesagt haben, ich im Übrigen auch, auch dazu führen, dass solche Einsparungen dann möglich sind und dass Kultur auch fit gemacht wird, wirklich fit gemacht wird! Das ist auch notwendig in bestimmten Bereichen. Ich habe auch im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt, ich nehme die Aufgabe und die Herausforderung an, im Bereich der Kultur umzubauen, Reformen durchzuführen und die einzelnen Einrichtungen fit zu machen. Was ich darunter verstehe, werde ich gleich darlegen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie, Frau Dr. Trüpel, Sie haben zitiert, heute von der Kunsthalle reden, die Kunsthalle ist heute an die Öffentlichkeit gegangen und hat eine Pressekonferenz gegeben. Ich habe es noch nicht gelesen, ich will nichts Falsches sagen, aber laut der Aussage von Frau Motschmann, die dabei war, hat die Kunsthalle gesagt: Es reicht nicht aus, sie geben uns nicht mehr, wir müssen die und die Schlussfolgerungen ziehen!

Meine Damen und Herren, man kann auch nicht, und das verstehe ich auch unter fit machen einer Einrichtung, kurz vor Beginn der Haushaltsberatungen kommen und sagen: Wir brauchen 1,7 oder 1,9 Millionen DM mehr, siehe einmal zu, Kultursenator, wie du das zusammenbekommst! Wenn du das nicht zusammenbekommst, dann werden wir erstens schließen, zweitens schließen, drittens schließen. So geht das nicht!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe den Verantwortlichen der Kunsthalle noch gestern einen Brief zukommen lassen, in dem ich ihnen mitgeteilt habe, dass sie 600.000 DM, 300.000 Euro per anno mehr erhalten, weil ich anerkenne, dass es in einer Einrichtung, die von Highlight zu Highlight, von Event zu Event geht und dann enorme Einnahmen erzielt, nicht nur für die Einrichtung, sondern auch für die Stadt, wie ja durch eine Untersuchung über den „Blauen Reiter“ erwiesen ist, strukturelle Probleme geben kann. Wenn dann dem Highlight „Blauer Reiter“ mit mehr als 200.000 Besuchern ein Normaljahr mit 60.000 Besuchern folgt, dann stimmt da etwas nicht. Da muss sich eine solche Einrichtung in der Tat auch ändern. Da muss diese Einrichtung sich fit machen.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Ich habe gesagt, ich will das unterstützen. Stellt doch, was Sie erwähnt haben, einen Museumspädagogen oder einen Öffentlichkeitsarbeiter ein, nur als Beispiel, damit hier mehr Besucher kommen können! Wenn ihr denn eine Steigerung um 400.000 DM per anno durch den Anstieg der Besucherzahl erreicht, dann bekommt ihr als Anreiz noch etwas dazu. Wenn ihr es nicht erreicht, habe ich ihnen gesagt, dann übernehme ich aus dem Haushalt einen Teil des Nicht-Erreichten.

Wir müssen die Einrichtungen dazu bringen, dass sie die Herausforderung des Umbaus annehmen. Da kann man nicht sagen: Nein, das wollen wir nicht! Das machen wir nicht! Gebt es uns, sonst gehen wir in die Medien! Wenn wir so miteinander umgehen im Bereich der Kultur, dann gereicht das nicht zum Wohle dieser Stadt und nicht zum Wohle der Kultur.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Senat hat heute nach langer Beratung beschlossen. Ich darf sagen, dass ich sehr dankbar bin für den gefundenen Kompromiss, denn ich will auch nicht verhehlen, dass auch für mich diese Diskussion sehr anstrengend war, weil ich als Kultursenator ja immer zwischen zwei Mühlsteinen stehe, dem, was man machen muss, und dem, was man machen möchte, aber dann auch, ich sage es noch einmal, zwischen dem Senat, der Bürgerschaft und den Einrichtungen. In den Einrichtungen, das wissen Sie dank des bürgerschaftlichen Engagements in dieser Stadt, sind hochmögliche Bürger dieser Stadt engagiert, die dann auch entsprechend zu agieren wissen.

Der Senat hat heute beschlossen, dass die Kulturverwaltung, das Kulturressort und der Senat einen Kontrakt schließen, einen Kontrakt, der den Umbau im Bereich der Kultur in dieser Stadt zum Gegenstand hat, um die besondere Bedeutung des Standortfaktors Kultur herauszustellen und zu erhalten. Das ist wichtig! Es ist die Zielsetzung, den Standortfaktor Kultur nicht nur zu erhalten, sondern seine Bedeutung noch zu stärken. Ich will das in aller Deutlichkeit sagen. Es wird nicht zurückgefahren, sondern es soll besser werden.

Dieser Kontrakt, meine Damen und Herren, soll wie folgt aussehen: Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit, das heißt, der Leistungsfähigkeit und wirtschaftlichen Stabilität der bremischen Kultureinrichtungen wird der Senator für Inneres, Kultur und Sport ein besonderes Umbauprojekt im Bereich Kultur durchführen. Als Hilfestellung für dieses Umbauvorhaben werden für die Haushaltsjahre 2002/2003 insgesamt fünf Millionen Euro als Kredit für das Kulturressort freigegeben.

Die dem Projekt zugrunde liegende Umbaustategie im Kulturressort hat folgende Ziele: Erhalt und Weiterentwicklung des attraktiven und vielfältigen kulturellen Angebots unter Berücksichtigung der Sanierungsziele des bremischen Haushalts, Rückflüsse in den bremischen Haushalt durch regionalwirtschaftliche Effekte, Sicherung von Arbeitsplätzen in den Kulturbetrieben und den mit ihnen in wirtschaftlicher Beziehung stehenden Unternehmen, Innovation und Paradigmenwechsel in der Erstellung kultureller Leistungen, Effektivität und Effizienz in den Strukturen für die Erstellung kultureller Leistungen. Kennzeichen des Paradigmenwechsels ist die Verantwortungspartnerschaft für Kultur und koordiniertes Zusammenwirken von hoheitlichem Handeln durch die Wahrnehmung von Kernaufgaben, Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, unternehmerischer Kreativität der Kulturbetriebe und der Kulturwirtschaft.

In dem Umbauprojekt werden folgende Ziele vorangestellt: Steigerung der Leistung und Wirtschaftlichkeit, besondere regionalwirtschaftliche Effekte, zuschussneutrale Erwirtschaftung tariflicher und sonstiger inflationsbedingter Steigerungen der laufenden Betriebsausgaben. Die auf die Einrichtungen zukommenden inflations- und tarifbedingten Kostensteigerungen werden durch die Effekte der oben dargestellten Einzelmaßnahmen erwirtschaftet. Das ist schwer für die Einrichtungen, meine Damen und Herren, aber das verlangt man auch von anderen Bereichen in Bremen.

Über diesen Planungshorizont hinaus soll aber auch die langfristige Entwicklung in einem Zeitraum von zehn Jahren dargestellt werden. Die Konzepte sind den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen und nach Beschlussfassung umzusetzen. Die Projekte werden in Kontrakten zwischen dem Senator für Inneres, Kultur und Sport und der jeweiligen Kultureinrichtung vereinbart. Mit den Kontrakten werden die finanziellen Rahmenbedingungen für die Einrichtungen im Doppelhaushalt 2002/2003 gesichert. Zugleich werden die Ziele des Umbauprojektes und die von der Einrichtung zu ergreifenden Maßnahmen verbindlich definiert. Für die Zukunft nehmen die einzelnen Kontrakte eine Bezuschussung im Rahmen des Umbauprojektes des Ressorts in Aussicht.

Zur Durchführung der Umbaukonzepte erhalten die Einrichtungen Projektzuschüsse. Diese Mittel werden in den Wirtschaftsplänen separat als Projektmittel ausgewiesen. Die einzelnen Maßnahmen werden jeweils mit Unterstützung der KMB durch die Einrichtungen erarbeitet. Die jeweiligen Projektzwischenstände und -abschlüsse werden von der KMB an den Senator für Inneres, Kultur und Sport berichtet. Eine Rückzahlung, Frau Dr.

Trüpel, der Umbaumittel sowie der Zinsen durch die Einrichtungen ist nicht Gegenstand der Umbaukonzepte und der Kontrakte, sondern wird durch das Kulturressort ab dem Jahr 2007 bis zum Jahr 2014 in jährlichen Raten geschehen.

Im Rahmen des Umbauprojektes werden strukturelle Entscheidungen in der Kulturförderung getroffen und umgesetzt: Überführung in die Selbstständigkeit, personalwirtschaftliche Flexibilisierung durch Outsourcing von Funktionen und verstärktem Einsatz von Honorarverträgen.

Verstärkter Einsatz ehrenamtlichen, freiwilligen Engagements, erhöhte Tarifflexibilität unter anderem durch Haustarife in den Kultureinrichtungen, das ist ein ganz wichtiges Projekt gerade bei der Privatisierung des Staatsorchesters, materielle Privatisierungen, die Ausweitung des Gewährleistungsprinzips, das bedeutet, dass Bremen bestimmte Leistungen nicht mehr durch eigene Verwaltungsabteilungen oder Eigenbetriebe und -gesellschaften erstellt, sondern diese nach Ausschreibung der Standards im Hinblick auf Qualität und Kosten definiert am Markt fremd vergibt, verstärkte Zusammenarbeit bei technischen und sonstigen Verwaltungsfunktionen der Kultureinrichtungen, Mehreinnahmen durch erhöhte Anreize und Unterstützung von Stiftungsvorhaben, Errichtung einer eigenen Kulturstiftung, die weitere Steigerung unternehmerischer Initiativen und Kreativität der Zuschussempfänger, aufgabenbezogene Zuschussvereinbarung mit dem Ziel, Doppelförderungen zwischen Ressorts zu beenden, Synergien zwischen kulturbezogenen Förderungen der Ressorts, Prioritätensetzungen über den Abbau, die Fortschreibung, die Einstellung und die Aufstockung von Förderungen innerhalb der Kernkompetenz des Kulturbereichs auf der Basis der fortgeschriebenen Kulturentwicklungsplanung.

Meine Damen und Herren, das hört sich vielleicht ein wenig trocken an, aber es ist ein Programm zum Fitmachen des Bereichs Kultur. Wenn wir das erreicht haben, dann, glaube ich, können wir auch Kulturhauptstadt werden und haben auch gute Aussichten. Es ist eine große Aufgabe und Herausforderung. Ich habe wirklich bei dem einen oder anderen Bereich vor Augen, dass das nicht so ganz einfach wird. Wir werden es aber gemeinsam schaffen, davon bin ich überzeugt. Es wird der Kultur in unserer Stadt nützen und damit auch der Strategie dieser Stadt und dieses Landes, bis zum Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt zu haben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst einmal Ihnen, Herr Senator Dr. Böse, vielen Dank für die offenen Worte und vor allem vielen Dank dafür, dass Sie zum Thema geredet haben!

Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass Streit nicht schlecht sein muss und manchmal geradezu nötig ist, und, wie Sie schon deutlich gemacht haben, er war in den letzten Wochen offensichtlich nötig. Das ist jedenfalls meine Meinung.

Jetzt einmal zu den beiden Vorrednern aus den beiden Koalitionsfraktionen! Bei Ihnen konnte ich leider nicht so richtig entnehmen, dass Sie etwas zu den aktuellen, drängenden Problemen gesagt haben. Ich freue mich ja, Herr Eckhoff, wenn Sie als Fraktionsvorsitzender mittlerweile einiges aus der Kulturszene kennen und es jetzt auch richtig finden, dass sich zum Beispiel beim Staatsorchester etwas tut. Darum ging es aber gar nicht. Das sind alles Prozesse, die wir seit Jahren begleitet haben und so auch teilen.

Frau Emigholz hat auch versucht, aus der Not eine Tugend zu machen, und alles das schöngeredet, was es an wenigen zarten Pflänzchen zum Glück gibt. Das ist alles gut. Wir wissen, dass wir uns seit Jahren in einem Prozess befinden, die Kulturszene lebendig zu erhalten und ihr Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, denn, das haben wir ja gerade auch bei Senator Böse noch einmal gelernt, darum soll es ja offensichtlich gehen.

Nächste große politische Einschränkung, die Herr Böse gemacht hat: Es gibt aus seiner Sicht, das teile ich, eigentlich gute Gründe, den Kulturetat anders auszustatten, als es jetzt der Fall ist, wenn man denn das Ziel erreichen will, im Jahr 2010 Kulturhauptstadt zu werden. Jetzt sagt er, und ich kenne das ja auch von beiden Seiten, gemessen an der Gruppendynamik im Senat ist das schwer möglich, und man muss sich da in die Pflicht nehmen lassen. Jetzt finde ich aber, dass, wenn man über politische Ziele nachdenkt und konzeptionell Politik macht, zumindest die Frage gestattet ist, wie man auch in einer Gruppe Ziele oder Schwerpunkte definiert und wo die Gruppendynamik ihr wirklich eigenes Recht hat.

Wenn man darüber nachdenkt, wie man dieses Bundesland fit macht, mit welchen Maßnahmen man die Sanierung schafft und wie man ein neues Image für das Bundesland hinkommt, bin ich in der Tat der Meinung, dass man die Frage der Gruppendynamik für einen Moment zurückstellen

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

können muss, wenn man denn die konzeptionelle Frage beantworten will, wie man den Strukturwandel gemeinsam mit einem neuen Image wirklich schaffen will. Vor dem Hintergrund, bin ich der Meinung, gibt es gute Argumente dafür, den Kulturretat ein Stück anders zu behandeln als die anderen Etats. Wenn man ihn so versteht, dass es unmittelbar mit der Sanierung, der Gesundung und einem neuen Bremen-Image zu tun hat, und wenn Kultur dazugehört, muss man an dem Punkt politisch und auch haushaltspolitisch handlungsfähig sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt noch einmal zu der Frage, was eigentlich in den letzten Wochen in der Stadt los war! Herr Eckhoff, es ist doch kein Wunder, dass Frau Schmiel, obwohl sie in den letzten Jahren so erfolgreiche Arbeit gemacht hat, die Stadt verlässt. Lassen wir einmal alle persönlichen und biographischen Gründe, die jeder haben kann und haben wird, beiseite! Es hat von ihrer Seite eine deutliche Kritik insbesondere am Wirtschaftsressort gegeben, wie es mit der Finanzierung der Glocke weitergehen soll. Ich kann Ihnen nur sagen, ich bedauere es sehr, dass man bei Größenordnungen von einer bis 1,5 Millionen DM solche guten Frauen gehen lässt.

Wer sind hier eigentlich in den letzten Jahren die Geldverschwender gewesen? Ich will Ihnen einmal etwas zum Generalverdacht der Haushälter gegen die Kulturleute sagen. Seit Jahren wird hier ein bestimmtes Spiel gespielt, das geht so: Die Haushälter wissen, wie man seriös, vernünftig und rational mit den Finanzen umgeht, die Wirtschaftspolitiker nehmen das für sich auch in Anspruch, und bei den Kulturleuten hat man es angeblich mit Personen zu tun, die das Geld zum Fenster hinauswerfen, die konsumtiv nicht von investiv unterscheiden können und einfach nicht wissen, wie der Hase läuft.

Ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, diejenigen, die in den letzten Jahren hier Geld nicht gut angelegt haben, waren eher die Wirtschaftsleute, Stichwort Musical. Ich bin es langsam leid, dass die Kulturszene unter diesen Generalverdacht gestellt wird. Das hat sie einfach nicht verdient. Ich will Ihnen noch einmal die Direktoren aufzählen: Herr Dr. Christiansen, Herr Professor Dr. Herzogenrath oder Herr Dr. Pierwoß sind doch Herren, die in den letzten Jahren ihre Einrichtungen zum Wohle Bremens entwickelt haben, mehr Besucher, bessere Einrichtungen, sanierte Einrichtungen. Das geschieht natürlich auch alles mit Ihrer Hilfe und sogar mit unserer Hilfe. Wir waren zum Glück bei der Frage der Sanierung der Kultureinrichtungen nicht auseinander. Tun Sie aber doch

nicht so, als ob das die Leute wären, die keine Ahnung hätten und nicht mit Geld umgehen könnten! Das sind alles Leute, die als Intendanten oder Direktoren künstlerische Verantwortung haben, die Etats zu verantworten haben und die das auch gewissenhaft in den letzten Jahren gemacht haben.

Mir ist das deswegen so wichtig, weil hier in Bremen wirklich immer so ein Schwarzer-Peter-Spiel gespielt wird, die einen wissen angeblich, wie es geht, und müssen die anderen knebeln. Ich will Ihnen einmal etwas zum Umbautopf, wie Sie ihn beschlossen haben, sagen: Wenn es nicht das Interesse gewesen wäre, ein Stück weit auch den Kultursenator zu knebeln, hätte es dieses blöde Instrument gar nicht gegeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum hat es denn diese komischen Kriterien gegeben? Das war ein reines Disziplinierungsinstrument dem Kulturressort gegenüber. Was gab es in den letzten Wochen für einen Streit um diese Kriterien mit Hintergrundgesprächen und Perschau hü und Schrörs hott und jeden Tag etwas anderes? Die Kulturszene wusste überhaupt nicht mehr, woran sie ist. Halten Sie das für verantwortungsvolle Kulturpolitik? Sie haben vorhin gesagt, hier würde jemand die Kulturszene verunsichern. Sie tun das mit einer solchen Politik!

Jetzt teilen wir ja das Ziel, und die kulturpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen in den letzten Jahren haben da ja auch eng zusammengearbeitet, dass wir hier nichts kaputtreden wollen, sondern dass wir Bremen nach vorn entwickeln wollen. Sie haben ja dankenswerterweise ein paar Projekte erwähnt, die sich in den letzten Jahren gut entwickelt haben, zum Glück, kann man nur sagen. Es gibt aber eben noch einiges, das im Argen liegt, und darum geht heute die Debatte. Dazu haben Sie beide leider nichts gesagt. Herr Böse kennt die Probleme, er hat sie jeden Tag auf dem Schreibtisch, und er muss sich mit denen, die die Verantwortung in den Einrichtungen haben, verständigen.

Ich will es Ihnen noch einmal sagen: Wenn man Sanierungsland ist, hat Kultur eine wichtige Funktion als weicher Standortfaktor. Es gibt ja mittlerweile auch die schöne Untersuchung zum Beispiel über die Einnahmen der Ausstellung „Blauer Reiter“, die es für den Staatssäckel gegeben hat. Man kann ja nur sagen, es ist gut so, es war ja auch unser Ziel. Man soll aber nicht so tun, als ob da das Kalkül nicht aufgegangen wäre, sondern das hat zum Glück gut funktioniert.

Ich möchte Ihnen vor diesem Hintergrund noch einmal sagen, auch wenn Kultursenator Böse diesen schwer errungenen Kompromiss hier nun lobt, dass substantiell bei den Vorschlägen, die er eben gemacht hat, nicht ein Vorschlag dabei ist, der wirklich neu wäre. Im Moment wird wirklich nur ein Verschiebebahnhof gemacht. Sie vertagen das Problem der Rückzahlung auf die Jahre 2010 bis 2014.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist üblich geworden!)

Das kann ja sozusagen alles aus der Not geboren sein, weil Ihnen auch nichts Besseres mehr einfällt, es sei denn, man hat den Mut, den Etat anzuheben und zu sagen, genau das wollen wir, weil wir Bremen erfolgreich machen wollen und diesen Wettbewerb, Kulturhauptstadt Europas zu werden, wirklich bestehen können wollen. Wenn man das aber will, soll man hier keinen Verschiebebahnhof machen und den Kopf nicht in den Sand stecken, man soll selbstbewusst auch haushaltspolitisch zu dem stehen, was man hier kulturpolitisch verkündet. Dann hat man wirklich eine Chance und wird das auch mit den Kultureinrichtungen hinbekommen.

Das hat alles nichts damit zu tun, dass man diese Umbauprozesse nicht will, die wollen wir ja. Ich sage es Ihnen aber noch einmal, diese Rechnung, die hier eben wieder aufgemacht worden ist, wir betreiben den Umbau, wie er eben skizziert worden ist, und werden dieses Geld eins zu eins einnehmen, das wir jetzt an Krediten verausgaben, wird so nicht sein. Man muss den politischen Mut haben, hier konzeptionell eine Entscheidung zu treffen. Wenn man das macht, dann hat Bremen und dann haben die Kultureinrichtungen eine wirkliche Chance. Ich möchte Sie dringend ermuntern: Wenn Sie hier die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas wirklich ernst meinen, entscheiden Sie das fachpolitisch richtig, haben Sie den Mut, das Geld dafür zu bewilligen, und hören Sie auf mit dem Generalverdacht den Kultureinrichtungen gegenüber! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Trüpel,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Lieber Herr Eckhoff!)

ich glaube, dass wir in einem Ziel nicht auseinander sind, nämlich in dem Ziel, wie es uns gelingen kann, Kultur zu einem durchgehenden Standortfaktor zu machen, damit wir tatsächlich nicht nur vereinzelt positive Rückwirkungen auf den Standort Bremen haben, sondern durchgehend. Ich sage mir immer, wir mögen ja auch in manchen Punkten, die Kultur besser auszustatten, gar nicht weit auseinander sein, nur, die Realität war, dass wir im Jahr 1995 einen Eckwert von knapp über 120 Millionen DM übernommen haben. Das ist die Größenordnung, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, die ungefähr das Stadttheater in Stuttgart als Gesamtetat hat. Das ist die Realität, die wir im Jahr 1995 vorgefunden haben.

Nun ist das Problem in einem Sanierungsland, in dem es in jedem Bereich Engpässe und lange Diskussionen gibt, wie man den Haushalt im Jahr 2005 tatsächlich verfassungskonform gestalten kann, dass man natürlich den finanziellen Bereich nicht so ausdehnen kann, wie man es gern möchte und natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess mitnehmen muss. Es geht ja nicht nur um die Fachpolitiker aus anderen Bereichen. Ich wäre einmal gespannt, wie denn die einen oder anderen Eltern reagieren würden, wenn man sagen würde, es tut uns Leid, an der einen Schule können wir jetzt keinen Lehrer einstellen, dafür brauchen wir einen Museumspädagogen. Ich möchte auch nicht wissen, wie die Diskussion ausgeht, wenn man sagt, an der einen oder anderen Stelle müssen wir ein Polizeirevier schließen, weil wir das Personal in der einen oder anderen Kultureinrichtung brauchen.

Liebe Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das ist doch die Realität, in der wir uns in einem Sanierungsland tatsächlich auch befinden. Daher ist es ein hervorragendes Ergebnis, nicht nur in den Haushaltsberatungen Eckwerte zu erhöhen beziehungsweise kontinuierlich fortzuschreiben, sondern auch noch andere Töpfe zu eröffnen, um tatsächlich auch zusätzlich Geld in die Kultureinrichtungen zu stecken.

Frau Dr. Trüpel, dass es dann natürlich Diskussionsbedarf über Kriterien und auch Streit in einem Rahmen gibt, in dem Geld wirklich sehr knapp ist, ist doch keine Überraschung. Das kann doch auch Sie nicht überraschen, die Sie hier schon so lange im Parlament sind und auch Senatserfahrung haben. Vor diesem Hintergrund muss man doch diese Ergebnisse tatsächlich beleuchten. Wir sind der Meinung, dass wir wieder einen Schritt nach vorn gekommen sind. Nun mögen Sie kritisieren, dass die Schritte aus der Sicht der Kultur zu klein

sind, aber im Rahmen des Gesamthaushaltes, finde ich, sind es ziemlich gewaltige Schritte.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Zweite Bemerkung: Auch ich bedauere, dass Persönlichkeiten aus der Kulturszene Bremen verlassen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil alles so ruhig ist!)

Natürlich nicht, weil alles so ruhig ist, Frau Linnert, sondern weil es einfach dort im Einzelfall auch zu Unzufriedenheiten gekommen ist! Dies aber insgesamt zu definieren, dass es mit dem Kulturstandort Bremen nicht gut gestellt ist, das sehe ich beim besten Willen nicht.

Wir haben eine ganze Reihe von Einrichtungen, die eine hervorragende Arbeit machen. Das müssen wir unterstützen. Auch diese hervorragende Arbeit ist aber doch kein Freifahrtsschein, jetzt Mehrforderungen anzumelden. Der Kultursenator hat es doch gerade beschrieben, die Kunsthalle, eine Sache, die von uns unterstützt wird, die positiv ist, die eine breite Resonanz in der Bevölkerung mit mehr als 6000 Mitgliedern im Kunstverein hat, aber dann trotzdem drei Tage vor den abschließenden Haushaltsberatungen hier zu den Fraktionen kommt und sagt: Wir brauchen pro Jahr 1,9 Millionen DM zusätzlich! Tut uns Leid, das haben wir noch keinem in der Behörde mitgeteilt, aber Sie haben jetzt erst die Beratungen, irgendwie werden Sie das schon sicherstellen!

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Drei Monate vorher hätten Sie den Wunsch erfüllt?)

Nein, auch nicht, aber dann hätte man sich noch fair damit auseinander setzen können! Ein solches Anliegen, sehr geehrte Damen und Herren, ist schon ein Stück weit sittenwidrig, um das auch ganz deutlich zu sagen! Wenn wir dann in den Gesprächen versuchen, etwas herauszuarbeiten, Lösungen zu finden und Angebote zu machen, so ist dies auch ein hervorragendes Ergebnis. Es können jetzt aber doch nicht alle Mehrforderungen erfüllt werden. Auch das muss doch den Menschen klar sein. Man muss sich doch mit den Einrichtungen auseinander setzen, Kompromisse finden und in Gesprächen Lösungen erarbeiten. Dies wird gerade gemacht. Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich, ist auch dies ein Prozess, der von allen entsprechend begleitet werden muss.

Letzte Bemerkung: Frau Dr. Trüpel, niemand hat hier behauptet und niemand hat Kultureinrichtungen per se Kompetenzen abgesprochen, sondern

im Gegenteil, ich will das an dieser Stelle auch noch einmal betonen, finde ich, manche Wirtschaftseinrichtungen können sich auch einmal eine Scheibe von Kultureinrichtungen abschneiden,

(Beifall bei der SPD)

nämlich gerade dann, wenn es darum geht, wie man häufig mit sehr wenig Geld eine ganze Menge erreichen kann. Ich sage das auch ganz deutlich, wenn man sich so manche Arbeitsbedingungen im Kulturbereich ansieht, dann, finde ich, ist es eine herausragende Leistung, unter welchen Arbeitsbedingungen mit wie wenig Mitteln doch eine ganze Menge Output gerade auch in der Stadtteilkultur erreicht wird.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich habe hier nicht vernommen, dass irgendwer etwas gesagt hat nach dem Motto: Die Wirtschaft hat die Weisheit mit Löffeln gefressen, und die Kultur muss dies entsprechend immer übernehmen. Um Gottes willen! Viele Kriterien lassen sich überhaupt nicht übertragen. Andere Kriterien müssen entsprechend angepasst werden. Dies aber ist ein Prozess, der gegenseitig funktionieren muss. Da kann die eine Seite durchaus auch einmal von der anderen lernen und ebenso andersherum.

Dies ist doch ein Prozess, den wir brauchen, wenn wir tatsächlich Bremen im Bereich der Sanierung auf allen Gebieten voranbringen wollen. Das ist doch das Ziel! Da kann sich dann allerdings die Kultur auch nicht verschließen. Deshalb ist es richtig, dass wir nicht per se die Eckwerte erhöht, sondern dass wir einen Umbautopf definiert haben. Dass die Kriterien jetzt für diesen Umbautopf auch so gefunden worden sind, begrüßen die Koalitionsfraktionen ausschließlich. Wir glauben, dass dies eine tragfähige Basis ist -

(Abg. Pflugradt [CDU]: Ausdrücklich, nicht ausschließlich! - Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ausschließlich stimmt auch!)

ausdrücklich, gut, dass das nie jemand anderem passiert, dass er sich auch einmal verspricht, also, ausdrücklich begrüßen wir das! - für den Umbau der Kultur in den nächsten Jahren. Ich glaube, Frau Dr. Trüpel, dass Sie aus Ihrer Tätigkeit im Senat auch genau wissen, wie schwer es ist, der Kultur entsprechend den Nachdruck zu verleihen. Die große Koalition hat das jetzt gemacht.

(Zuruf von der SPD)

Wir hatten ja die Debatten. Ich wollte den Begriff jetzt hier nicht verwenden, weil er damals der Kul-

tur auch nicht gedient hat. Ich glaube aber, dass wir einen weiteren Schritt gegangen sind. Wenn wir das jetzt auch gemeinsam tun können, dann, glaube ich, wird dieses Ziel Kulturhauptstadt 2010 auch zu erreichen sein. Da müssen wir natürlich auch alle Initiativen mitnehmen, um das zu erreichen. Das geht nur, wenn sie auch vernünftig finanziell ausgestattet sind, nicht übermäßig und nicht unterdurchschnittlich. Das ist das Ziel, das wir als große Koalition haben, und diesen Weg werden wir auch weiter konsequent beschreiten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Trüpel, Sie haben kritisiert, dass wir uns als Koalitionsfraktion nicht eindeutig genug zu dem von Ihnen gestellten Antrag verhalten haben. Ganz ehrlich gesagt war das an dieser Stelle nicht unser Job. Wir haben die Haushaltsaufstellung vorgenommen, und das Verfahren, das vereinbart war, sah vor, dass sich der Senat damit befasste. Die Arbeit, bei allen guten Argumenten, die wir intern auch in Wahrnehmung unserer Rolle dazu beigetragen haben, war die, dass dieses Gremium den Knoten durchschlagen musste. Wir hatten einen entsprechenden Deputationsbeschluss. Das können wir schlicht einfach einmal festhalten. Insofern sollte auch jedes Gremium selbstbewusst das tun, was das Seine ist. Das ist die eine Sache!

Die andere ist, wir sollen nichts schönreden. Das ist sicherlich richtig. Wir sollen aber auch, meine Damen und Herren, nichts klein reden!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vor dem Hintergrund der sehr komplizierten Haushaltsberatungen und auch vor dem Hintergrund einschneidender Maßnahmen in anderen Bereichen sollten wir dem Kulturbereich sehr deutlich machen, dass er gewonnen hat, dass er an Status und an Anerkennung gewonnen hat und dass er als wichtiger Träger der Sanierungsstrategie des Landes, so wie es unser Fraktionsvorsitzender immer gefordert hat, gesehen wird. Ich halte das für außerordentlich wichtig, und ich finde, wir tun uns, wenn wir ein solches Projekt „Europäische Kulturhauptstadt“ machen wollen, keinen Gefallen mit einer solchen Debatte wie heute. Das sage ich ganz offen.

Wenn wir eine Stimmung in der Stadt organisieren wollen, wenn wir ein Klima in der Stadt organisieren wollen, das der Stadt zugewandt ist, das die Lebensqualität von Bremen nach vorn stellt, das die lebenswerten Seiten von Bremen nach vorn stellt, und wenn wir dann sagen, wir wollen alle Antragsinitiativen unterstützen, dann ist das Gehadere damit nicht nur gefährlich, sondern auch fahrlässig. Ich bitte alle, dass wir mit den nächsten Arbeitssitzungen, nachdem diese Beschlüsse nun getroffen worden sind, wieder zu dem Stil zurückkommen, dass wir das als Alle-Mann-Manöver begreifen und dass wir geschlossen versuchen, ein solches Projekt für die Stadt zu prüfen in dem Sinne einer Profilierung, mit der Generierung von regionalwirtschaftlichen Effekten, aber solidarisch und nicht gegeneinander, und dass wir auch in Verantwortung anderer Haushalte sehen, was wir erreicht haben. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/543 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

145. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück Neuenlander Straße 107 A (VL Flur 37, Flurstück 68/7)

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002
(Drucksache 15/544 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Wer das Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.
Mai 2001**

13. Änderung - Neustadt (Güldenhausquartier) -

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002
(Drucksache 15/545 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur dreizehnten Änderung des Flächennutzungsplans Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 2205 mit Deckblatt
für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen
Große Sortillienstraße, Hohentorstraße und
Neustadtwall**

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002
(Drucksache 15/546 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2205 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**21. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen
in der Fassung der Neubekanntmachung Mai
2001**

**(ehemals 65. Änderung des Flächennutzungs-
planes Bremen 1983)
- Blumenthal (Wölpsche) -**

Mitteilung des Senats vom 5. März 2002
(Drucksache 15/547 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur einundzwanzigsten Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Ortsgesetz über die Errichtung eines „Sonder-
vermögens Hafen“ sowie zur Änderung des
Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt
Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr
2002**

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2002
(Drucksache 15/531 S)

Wir verbinden hiermit:

**Ortsgesetz über die Errichtung eines „Sonder-
vermögens Hafen“ sowie zur Änderung des
Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bre-
men (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr
2002**

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts-
und Finanzausschusses
vom 15. März 2002
(Drucksache 15/550 S)

Das Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Hafen sowie zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen, Stadtgemeinde, für das Haushaltsjahr 2002 ist von der Stadtbürgerschaft in ihrer 33. Sitzung an

den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. Dieser legt nunmehr seinen Bericht vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will keinen Bericht für den Haushaltsausschuss erstatten. Der Bericht liegt Ihnen vor, und die Abstimmungsergebnisse waren klar. Ich möchte nur kurz zu Protokoll geben, warum unsere Fraktion heute hier nicht zustimmen kann.

Wir haben der Einrichtung der Gesellschaft BremenPorts zugestimmt. Mit dieser Einrichtung war auch klar, dass diese Gesellschaft einen wesentlichen Teil ihrer Finanzierung durch ein Sondervermögen wird abdecken müssen. Das vorliegende Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens ist insofern auch nicht Gegenstand unserer Kritik. Bedauerlicherweise ist aber mit diesem Gesetz eine Art allgemeiner Geschäftsbedingungen verbunden, die für den Umgang von Parlament und Senat mit diesem Gesetz eine gewisse Bedeutung haben. Ich will zwei dieser allgemeinen Geschäftsbedingungen nennen.

Erstens sind diesem Sondervermögen natürlich Grundstücke zugeordnet. Diese Grundstücke sind einer beigefügten Karte zu entnehmen, und zu diesen Grundstücken gehört auch das gesamte Gebiet des Hohentorshafens. Das halten wir für einen Rückschritt in alte Zeiten der Bremer Hafengrundstücksbewirtschaftung. Schon 1998 hat der damalige CDU-Bausenator, Herr Dr. Schulte, ein Konzept vorgelegt, wie dieses Gebiet Hohentorshafen, in dem nun wahrlich so gut wie kein Hafenbetrieb mehr stattfindet, als innerstädtisches Erweiterungsgebiet neu genutzt werden sollte. Bedauerlicherweise wird eine solche Entwicklung durch diese jetzt vorgelegte Regelung erschwert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens, meine Damen und Herren, haben wir in der Vergangenheit in dieser Legislaturperiode schon zwei Sondervermögen beschlossen, einmal zur Überseestadt und einmal für das Liegenschaftswesen. Ich will diese Debatten nicht wiederholen, aber bei beiden Sondervermögen war klar, dass diese über die betriebswirtschaftliche Bedeutung für die jeweiligen Unternehmen, die damit finanziert werden, auch eine gesamtstädti-

sche Bedeutung haben. Deshalb haben wir unterschiedliche Vorkehrungen getroffen. Bei der Überseestadt ist ein Beirat eingerichtet worden, der Parlamentarier und andere Betroffene einbindet, aber auch die Sichtweise über die enge betriebswirtschaftliche Seite hinaus erlaubt. Bei den Liegenschaften ist extra aus diesem Grund ein Liegenschaftsausschuss hier vom Parlament eingerichtet worden.

Leider fehlt bei BremenPorts so etwas. Hier ist allein die Deputation für Häfen und Wirtschaft zuständig. Das sind Kollegen von uns in Ehren, aber sie haben erst einmal die wirtschaftliche Sichtweise des Hafenressorts vor Augen, das ist ja auch in Ordnung. Hier fehlen die übergeordnete Sichtweise und ein Korrektiv. Deshalb können wir heute diesem Gesetzentwurf, der in der Sache korrekt ist, der aber leider Auswirkungen hat, die nicht ausreichend bedacht sind, so nicht zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Hafen sowie zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen, Stadtgemeinde, für das Haushaltsjahr 2002 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 17.31 Uhr)

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.